

NATIONALRAT
Frühjahrssession 2022

Fragestunde vom 14. März 2022

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

Justiz- und Polizeidepartement

22.7180 Maitre. Die berufliche Integration ukrainischer Flüchtlinge in der Schweiz fördern

Gemäss der Medienmitteilung des Bundesrates vom 4. März werden Personen, die aufgrund des Konflikts in der Ukraine aus dem Land flüchten, den Schutzstatus S erhalten. Dieser Schutzstatus sieht vor, dass nach einem Monat einer Erwerbstätigkeit nachgegangen werden kann. Vor diesem Hintergrund stelle ich folgende Fragen:

- Welche Massnahmen plant der Bundesrat, um die berufliche Integration der ukrainischen Flüchtlinge zu fördern?
- Ist ein Aktionsplan in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftspartnern vorgesehen?

22.7190 Gugger. Unterstützung der Volksschule bei der Integration von ukrainischen Flüchtlingskindern

Viele ukrainische Kinder flüchten in die Schweiz und diese haben ein Recht auf Bildung.

- Wird die Auffassung geteilt, dass der Volksschule eine zentrale Rolle für die Integration der ukrainischen Kinder zukommt?
- Wie sollen die Lehrpersonen im Unterrichtsalltag unterstützt werden?
- Die Sprache ist der Schlüssel für die Integration, können digitale Werkzeuge/Lernsoftware den Lehrpersonen zur Verfügung gestellt werden?
- Wird eine nationale digitale Lösung für den Spracherwerb ausgearbeitet?

22.7212 Wasserfallen Flavia. Medizinische Grundversorgung und psychologische Unterstützung im Schutzstatus S

Mit der Einführung des Schutzstatus S für Ukrainerinnen und Ukrainer sind die Kantone über die Globalpauschale des Bundes für den Abschluss der oblig. Krankenversicherung zuständig. Damit soll für die Geflüchteten der Zugang zur medizinischen Versorgung geschaffen werden.

Kann der Bund sicherstellen, dass die Kantone in der Lage sind, diesen Zugang zu med. Leistungen und insbesondere angemessene psychologische Unterstützung für die traumatisierten Menschen aus der Ukraine zu gewähren?

22.7222 Wobmann. Was geschieht mit aus der Ukraine flüchtenden Personen, welche ursprünglich nicht aus der Ukraine stammen?

Wird der Bundesrat sicherstellen, dass aus der Ukraine flüchtenden Personen, welche ursprünglich aus einem anderen Staat stammen und nur vorübergehend, zum Beispiel für Studienzwecke, in der Ukraine weilten in ihr Ursprungsland zurückkehren müssen falls in die Schweiz kommen?

22.7227 Addor. Den Schutzstatus S klar vom Status der Asylsuchenden, die das ordentliche Asylverfahren durchlaufen müssen, unterscheiden

Wie der Bundesrat mit Blick auf die Ukrainerinnen und Ukrainer, die ihr Land wegen des Kriegs verlassen müssen, auf seiner Website ankündigt, will er "Flüchtlinge rasch aufnehmen". Man muss allerdings die Medienmitteilung vom 4. März lesen, um den Unterschied zwischen dem Schutzstatus S, den der Bundesrat diesen Ukrainerinnen und Ukrainern gewähren möchte, und dem Status von Asylsuchenden, die das ordentliche Asylverfahren durchlaufen müssen, zu verstehen.

Wird der Bundesrat seine Kommunikation in Zukunft rechtlich präziser gestalten, um zu vermeiden, dass das, was im Gesetz unterschieden ist, verwechselt wird?

22.7228 Bircher. Schutzstatus S und Kostenbeteiligung Bund

- Erhalten mittellose Schutzsuchende Sozialhilfe nach SKOS oder reduzierte Ansätze wie vorläufig Aufgenommene Ausländer?

- Wie lange erstattet der Bund die Kosten an die Kantone?

22.7265 Widmer Céline. Wohnungen für Flüchtlinge

Das Angebot von hier ansässigen Menschen, Flüchtlingen aus der Ukraine in ihren eigenen Wohnungen aufzunehmen, ist überwältigend. Für die Unterbringung der Geflüchteten wird es aber auch ganze Wohnungen brauchen.

Welche Möglichkeiten sieht der Bundesrat, darauf hinzuwirken, dass schnellstmöglich leerstehende Wohnungen für Schutzsuchende zur Verfügung gestellt werden?

22.7266 Widmer Céline. Integrationsbeitrag Bund für Geflüchtete

Damit Personen aus der Ukraine eine Erwerbstätigkeit aufnehmen und wirtschaftlich unabhängig sein können, müssen sie sich minimal im Schweizer Alltag zurechtfinden, sie brauchen Sprachkurse und sollten an Beschäftigungsprogrammen teilnehmen können.

Wie gedenkt der Bund sich an den Integrationsmassnahmen, die für das Zurechtfinden in der Schweiz und die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit notwendig sind, finanziell zu beteiligen?

22.7267 Widmer Céline. Schutz für regimekritische Flüchtlinge aus Russland

Wie stellt der Bundesrat sicher, dass die Schweiz auch regimekritischen Menschen, die aus Russland flüchten, unkompliziert Schutz bietet?

22.7313 Arslan. Schutz für Drittstaatsangehörige, die aus der Ukraine flüchten

Gemäss Art. 4 AsylG kann die Schweiz Schutzbedürftigen für die Dauer einer schweren allgemeinen Gefährdung, insbesondere während eines Krieges oder Bürgerkrieges sowie in Situationen allgemeiner Gewalt, vorübergehenden Schutz gewähren.

- Ist vorgesehen, dass auch Drittstaatsangehörige, die zurzeit aus der Ukraine flüchten, als Schutzbedürftig eingestuft werden?

- Wenn nein, wie begründet der Bundesrat diesen Entscheid?

- Welche Massnahmen sind vorgesehen, um spezifisch diesen Flüchtenden Beistand zu leisten?

22.7314 Arslan. Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine brauchen Schutz, unabhängig ihrer Staatsangehörigkeit

Die Schutzbedürftigkeit und Strapazen des Krieges unterscheiden sich nicht nach Staatsangehörigkeit.
Weshalb werden Drittstaatenflüchtlinge aus der Ukraine, die keine Möglichkeit haben, in ihr Heimatland zurückzukehren, aus dem Verfahren für den Schutzstatus S ausgeschlossen?

22.7315 Glättli. Schutz für alle Flüchtlinge aus der Ukraine

In den Bemühungen, die ukrainische Bevölkerung zu unterstützen, wurde durch das SEM beschlossen, ein vereinfachtes Asylverfahren für ukrainische Staatsbürger einzuführen. Davon ausgeschlossen werden jedoch ukrainische Flüchtlinge mit einer Drittstaatenangehörigkeit.
Ab wann wird der Bundesrat die 90-tägige Visumsfreie Frist auch für Drittstaaten Flüchtlinge aus der Ukraine in der Schweiz einführen, so wie es in der EU umgesetzt wird?

22.7249 Porchet. Stellt die Benutzung eines Cloud-Dienstes im Ausland durch eine Person oder Stelle, auf die Artikel 320 StGB anwendbar ist, eine Verletzung des Amtsgeheimnisses dar?

In der Rechtspraxis besteht Uneinigkeit in der Frage, ob durch die Benutzung eines Cloud- und Hosting-Dienstes im Ausland der Tatbestand einer Amtsgeheimnisverletzung nach Artikel 320 des Strafgesetzbuches (StGB) vorliegen kann. Durch diese Unklarheit entsteht für Personen im öffentlichen Dienst ein reales strafrechtliches Risiko.
- Stellt die Benutzung eines Cloud-Dienstes im Ausland durch eine Person oder Stelle, auf die Artikel 320 StGB anwendbar ist, nach Ansicht des Bundesrates eine Verletzung des Amtsgeheimnisses dar?
- Oder ist die Benutzung solcher Dienste im Ausland derart üblich geworden, dass Artikel 320 StGB nur zurückhaltend ausgelegt werden darf?

22.7279 Walder. Verantwortung von Unternehmen. Gedenkt der Bundesrat, seine Versprechen aus dem Abstimmungskampf einzuhalten?

Im Abstimmungskampf zur Konzernverantwortungsinitiative hat Bundesrätin Karin Keller-Sutter ihre Ablehnung der Initiative damit begründet, dass sie sich ein international abgestimmtes Gesetz wünsche. Die EU, unsere wichtigste Handelspartnerin, hat in der Zwischenzeit den Entwurf für ein Gesetz vorgestellt, das weitaus strenger ist als das in der Schweiz geltende Recht.
Gedenkt der Bundesrat nun, einen Vorschlag zu unterbreiten, der auch in diese Richtung geht?

22.7286 Marti Samira. Aufenthaltsbewilligungen in Abweichung von den Zulassungsvoraussetzungen für russische Staatsangehörige

Gemäss Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe b des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer kann von den Zulassungsvoraussetzungen für eine Aufenthaltsbewilligung (gemäss Art. 18-29) abgewichen werden, um wichtigen öffentlichen Interessen Rechnung zu tragen, insbesondere erhebliche kantonale fiskalische Interessen.
- Wie viele russische Staatsbürger/-innen sind aktuell im Besitz einer solchen Aufenthaltsbewilligung?
- Sind darunter Personen der Sanktionsliste oder etwaige Familienangehörige?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport**22.7163 Walliser. Schutzraumbezug der Bevölkerung**

Der Ukrainekrieg zeigt, dass konventionelle Kriege wieder Tatsache geworden sind. Daher folgende Fragen:

- Steht jeder Einwohnerin und jedem Einwohner in der Schweiz ein Schutzraum zur Verfügung?
- Wie ist die Bevölkerung über ihren Schutzraumbezug informiert?
- Stehen genügend Angehörige des Zivilschutzes zur Verfügung?

22.7172 Schlatter. Unabhängige Kontrollinstanz UKI für Funk- und Kabelaufklärung

In Artikel 79 sieht das Nachrichtendienstgesetz eine Unabhängige Kontrollinstanz (UKI) für die Funk- und die Kabelaufklärung vor (vgl. Art. 7 ff. VAND).

- Was genau war/ist die Rolle dieser Kontrollinstanz und wer sind ihre Mitglieder?
- Wie oft hat die UKI seit 2017 welche Bereiche kontrolliert, in welchem Kontext, und mit welchen Ergebnissen?
- Hat die UKI Funkaufklärungsaufträge abgelehnt, wenn ja, mit welcher Begründung?

22.7182 Addor. Anwerbungen für eine ausländische Armee in der Schweiz tolerieren?

- Wie viele Personen sind dem Aufruf des ukrainischen Aussenministers nachgekommen und haben die diplomatischen Vertretungen dieses Landes in der Schweiz kontaktiert, um sich der Internationalen Legion der Ukraine anzuschliessen?
- Wie viele davon sind Schweizer Bürgerinnen und Bürger?
- Stellen diese Anwerbungen einen Verstoss gegen Artikel 94 Absatz 3 MStG und gegen das Haager Abkommen betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs (SR 0.515.21) dar?
- Falls ja, welche Vorkehrungen gedenkt der Bundesrat zu treffen, um die Achtung der Rechtsordnung zu gewährleisten?

22.7195 Riniker. Patrouille Suisse - Folgefragen auf die Antworten der Fragen 22.7041 und 22.7042

Der Bundesrat schreibt, dass die Luftwaffe derzeit mögliche Vorgehensvarianten erarbeitet.

- Bis wann liegen diese Varianten vor?
- Welche verschiedenen Varianten werden geprüft?

22.7198 Weichelt. Stellenausbau NDB

Im Juli 2019 hat der Bundesrat 100 neue Stellen im Nachrichtendienst des Bundes bewilligt. Zusätzlich erhalten auch die kantonalen Nachrichtendienste über Ausgleichszahlung durch den Bund mehr Personal.

- Wie viele dieser neuen Stellen im NDB und bei den Kantonen sind derzeit besetzt, für welche Funktionen und wie hoch sind die Kosten?
- Wie sieht die Personalfluktuations im NDB seit Inkrafttreten des NDG im Juli 2017 aus (Statistik)?

22.7200 Zuberbühler. Festungsminenwerfer als wichtiges konventionelles Verteidigungsmittel

Der Ukrainekrieg führt uns vor Augen, dass selbst in Europa konventionelle Kriege nach wie vor möglich sind. Mit der Armeebotschaft 2018 wurde beschlossen, die Festungsminenwerfer, welche eine wichtige Rolle in der konventionellen Verteidigung spielen können, aufzugeben.

- In welchem Umfang wurden die Festungsminenwerfer bereits zurückgebaut?
- Ist der Bundesrat - angesichts der aktuellen Lage mit einem konventionellen Krieg - in Europa bereit, den Rückbau zu sistieren und neu zu beurteilen?

22.7218 Marti Min Li. Massnahmen für den NDB

Die Geschäftsprüfungsdelegation der Eidgenössischen Räte GPDel hat in ihrem Jahresbericht 2019 20 Massnahmen hinsichtlich der Datenbearbeitung vorgeschlagen. Die Vorsteherin des VBS hat sich bereit erklärt, eine "grosse Mehrheit der Empfehlungen der GPDel umzusetzen". Der damalige Direktor des NDB, Jean-Philippe Gaudin, war bereit, alle bis auf drei Massnahmen umzusetzen.

- Was ist der Stand der Dinge bei der Umsetzung?
- Was passiert bezüglich der abgelehnten Massnahmen?

22.7219 Marti Min Li. Datenbearbeitung durch den NDB

Die Geschäftsprüfungsdelegation der Eidgenössischen Räte GPDel hat sich in ihrem Jahresbericht 2019 kritisch zu den Praktiken des Nachrichtendienstes des Bundes NDB geäussert. Die Vorsteherin des VBS, Bundesrätin Viola Amherd, hat daraufhin ein Gutachten zur Beurteilung der Rechtmässigkeit der Datenbearbeitung durch den NDB in Auftrag gegeben.

Was ist der Auftrag dieses Gutachtens im Detail, wer wurde damit beauftragt und wie wird die Öffentlichkeit darüber informiert?

22.7220 Bregy. F35: Gültigkeit Offerten und Konsequenzen bei Verzögerungen

Das Schweizer Volk hat am 27. September 2020 dem Kreditbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge zugestimmt, am 30. Juni 2021 ist im Bundesrat der Typenentscheid gefallen.

1. Liegen seitens Lockheed Martin verbindliche Offerten vor und bis wann behalten diese ihre Gültigkeit?
2. Was sind die Konsequenzen, insbesondere die finanziellen, sofern der Zuschlag nicht innert Gültigkeitsfrist erfolgt?

22.7224 Regazzi. Ist die Schweiz auf einen möglichen nuklearen Unfall in der Ukraine vorbereitet?

Nach dem Angriff der russischen Armee auf das ukrainische Kernkraftwerk in Saporischschja macht sich auch in der Schweiz die Angst vor möglichen nuklearen Unfällen mit erhöhter Radioaktivität breit.

Ich frage den Bundesrat:

1. Wie schätzt der Bundesrat das tatsächliche Risiko eines solchen Unfalls ein?
2. An welche Bedingungen ist die Abgabe von Kaliumiodidtabletten an die Bevölkerung geknüpft?
3. Reichen die Lagerbestände an diesen Tabletten aus, um einen möglichen Notfall zu bewältigen?

22.7284 de Montmollin. Kapazitäten der Atomschutzräume in den Kantonen

Seit einigen Jahren ist der systematische Bau von Schutzräumen in Neubauten nicht mehr gesetzlich vorgeschrieben und kann durch die Entrichtung eines Ersatzbeitrags kompensiert werden.

- Kann der Bundesrat bestätigen, dass jeder Kanton über genügend Plätze in (privaten und gemeinschaftlichen) Atomschutzräumen verfügt, um die Bevölkerung zu schützen?
- Falls nicht, welche Lösungen sind vorgesehen?

22.7303 Seiler Graf. Aufsicht über den NDB

Die unabhängige Aufsichtsbehörde AB-ND beaufsichtigt innerhalb des VBS die nachrichtendienstliche Tätigkeit des NDB.

- Hat die AB-ND die von der Geschäftsprüfungsdelegation der Eidgenössischen Räte in ihrem Jahresbericht 2019 aufgedeckten Mängel - hinsichtlich der unrechtmässigen Datenbearbeitung sowie der Beantwortung von Auskunftsgesuchen - erkannt und untersucht?
- Wenn nicht, weshalb nicht?

22.7304 Roth Franziska. Missstände in der Praxis des NDB

Die Geschäftsprüfungsdelegation der Eidgenössischen Räte hat in ihrem Jahresbericht von 2019 erhebliche Mängel in der Umsetzung des Nachrichtendienstgesetzes NDG durch den Nachrichtendienst des Bundes NDB beschrieben. Damit einher gehen unrechtmässige Eingriffe in das Recht auf Privatsphäre der Schweizer Bevölkerung.

- Plant der Bundesrat eine Evaluation zur Umsetzung des Nachrichtendienstgesetzes und den damit einhergehenden Praktiken des NDB?
- Wenn ja, zu welchem Zeitpunkt?
- Wenn nicht, weshalb?

22.7306 Rechsteiner Thomas. Armee: Getroffene Massnahmen/Investitionsplan

Der Ukraine Konflikt hat für eine breite Öffentlichkeit die Sicherheitspolitik wieder in den Fokus gerückt. Die Armee hat in ihren sicherheitspolitischen Berichten Konflikte, insbesondere an den Ränder Europas, immer als mögliches Szenario skizziert.

- Was hat die Armee in letzten Jahren unternommen, damit sie auch in einem Verteidigungsfall einsatzbereit wäre?
- Wie sieht der aktuelle Investitionsplan aus?

22.7323 Fivaz Fabien. Politische Beraterinnen und Berater im NDB

Anfangs 2022 haben diverse Medien berichtet, dass der ehemalige Direktor des NDB, Jean-Philippe Gaudin, einen geheimen (politischen) Berater angestellt hatte. Die Anstellung gegen Bezahlung (5000 Franken pro Monat plus Spesen) wird gemäss Medienberichten zurzeit im VBS intern untersucht.

- Wer ist mit der Untersuchung beauftragt und wie lautet der Auftrag konkret (Wortlaut)?
- Wann und in welcher Form wird die Öffentlichkeit über die Ergebnisse informiert?

22.7325 Fivaz Fabien. Stark steigende Unterhaltskosten des F-35

Im Rahmen der Vereinbarung mit der US-Armee hat Lockheed Martin Ende Dezember einen Anstieg der Unterhaltskosten des F-35 um jährlich rund 3 Millionen Franken pro Flugzeug angekündigt.

- Wirkt sich das auf die Schweiz aus?
- Wenn ja, wie hoch steigen die Kosten für den Kauf, Unterhalt und Betrieb der Flugzeuge in den kommenden 30 Jahren?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

22.7165 Marchesi. Strasse Cadenazzo-Quartino: Klärungsbedarf in Bezug auf die Antworten zur Frage 22.7080

Zusatzfragen zur Frage 22.7080:

1. Der Bundesrat spricht von der "Einführung eines Verkehrsmanagementsystems". Meint er damit eine oder mehrere Ampelanlagen? Falls nein, was ist sonst damit gemeint?
2. Falls es um Ampelanlagen geht: Wie kommt der Bundesrat zum Schluss, dass diese nicht dem vom Tessiner Volk getroffenen Entscheid widersprechen?
3. Sind die Kantonsbehörden bei diesem neuen Projekt des Bundesamts für Strassen (ASTRA) einbezogen?
4. Wann will das ASTRA das Verkehrsmanagementprojekt der Öffentlichkeit vorstellen?

22.7173 Feller. Wird die Menge der in der Schweiz ausgestossenen Treibhausgase genau gemessen oder lediglich geschätzt?

Einmal jährlich veröffentlicht der Bund die Gesamtmenge der Treibhausgase, die in der Schweiz ausgestossen werden, sowie die Treibhausgasemissionen in den verschiedenen Sektoren (Gebäude, Industrie, Verkehr usw.).

- Werden die Emissionen genau gemessen oder werden Schätzungen und Hochrechnungen verwendet?
- Falls sie nicht genau gemessen werden, welche Fehlermarge gestattet sich der Bund bei den veröffentlichten Resultaten?

22.7174 Feller. Aktualisierte Angaben zu den Treibhausgasemissionen vierteljährlich veröffentlichen

Der Bund veröffentlicht Informationen über das BIP der Schweiz vierteljährlich, während Angaben zur Entwicklung der Treibhausgasemissionen bloss einmal jährlich und mit einer Verzögerung von zwei Jahren herausgegeben werden. Im Vergleich: In Schweden werden jedes Quartal Daten zur Entwicklung der Treibhausgasemissionen veröffentlicht. Die Klimaproblematik ist von entscheidender Bedeutung. Sollte der Bund daher nicht Massnahmen ergreifen, um aktuelle Daten zu den Treibhausgasemissionen viermal pro Jahr herauszugeben?

22.7176 Bulliard. Postalische Grundversorgung: Expertenberichte für die Schublade?

Ende Februar 2022 stellte die "Expertenkommission Grundversorgung Post" ihre Empfehlungen für die Modernisierung des Post- & Zahlungsverkehrs vor. Die vorgeschlagenen Massnahmen, wie etwa die Abschaffung der lukrativen A-Post oder der täglichen Brief- und Zeitungszustellung, stiessen in breiten Kreisen auf Unverständnis und Ablehnung, auch bei der Post selbst. Welchen Sinn haben solche Expertenkommissionen in den Augen des Bundesrates, wenn deren Empfehlungen jeglichen Realitätssinn vermissen lassen?

22.7229 Heimgartner. Post-Pläne der Expertenkommission zur Post wurden von allen Seiten zerzaust!

Wie den Medien zu entnehmen war, überlebten die Vorschläge der Expertenkommission zur Post nicht einmal den ersten Tag. Die Empfehlungen wurden nicht einmal von der Post selbst getragen.

- Wer bestimmte diese Expertengruppe und wie wurde diese namentlich zusammengesetzt?
- Was hat die Arbeit dieser Kommission gekostet und welche Sitzungsgelder haben die Expert/innen für diese unnützen Pläne erhalten?
- Wie gedenkt der Bundesrat weiter fortzufahren?
- Wird es eine neue Expertenkommission geben?

22.7181 Paganini. Stromnotversorgung: Im Notfall doch kein Strom?

Die Elcom hat ein Konzept für Reserve-Gaskraftwerke für Notsituationen erstellt. Das Risikoszenario beschreibt eine Strom- ohne gleichzeitige Erdgas-Mangellage. Bei einer Gas-Mangellage muss jedoch davon ausgegangen werden, dass auch Strom knapp wird. Eine Notfallstrategie, welche davon ausgeht, jederzeit Gas importieren zu können, ist viel zu optimistisch.

Ist der Bundesrat bereit, ein Szenario mit Speicherung des benötigten (Flüssig-) Erdgases im Inland zu prüfen?

22.7199 Kamerzin. Prognosen zur Wolfspopulation

Welche Prognosen existieren zur Entwicklung der Anzahl Wölfe und Rudel in der Schweiz:

- in den nächsten fünf Jahren (bis 2027)?
- in den nächsten zehn Jahren (bis 2032)?

22.7201 Töngi. Behebung der biodiversitätsschädigenden Wirkung von Subventionen und Anreizen: Werden langfristige soziale und ökologische Interessenkonflikte ebenfalls berücksichtigt?

In seiner Stellungnahme zum Kurzbericht der GPK-S "Schutz der Biodiversität in der Schweiz" schreibt der Bundesrat, dass er "verschiedene Reformvorschläge zur Behebung von biodiversitätsschädigenden Fehlanreizen vor dem Hintergrund der politischen und wirtschaftlichen Interessenkonflikte erarbeiten und gegeneinander abwägen" wird.

- Wird er sie auch vor dem Hintergrund von sozialen und volkswirtschaftlichen Interessenkonflikte erarbeiten, in der langen Frist?
- Wenn ja, wie?
- Wenn nein, warum?

22.7204 Egger Kurt. Kreuzlingen/Konstanz wird vom ÖV vernachlässigt

Seit Ende 2019 wird Kreuzlingen/Konstanz nur noch mit einer schnellen Verbindung pro Stunde bedient (IR 75 nach Zürich). Der IC 8 mit Umsteigen hat fast 20 Minuten länger. Das ÖV-Konzept des Kantons Thurgau sieht vor, dass ab 2023 eine schnelle S-Bahn-Verbindung geschaffen werden soll.

- Seit 2019 sind keine Fortschritte erkennbar, warum?
- Bis wann kann mit einer schnellen Verbindung gerechnet werden?
- Gibt es Möglichkeiten, rasch, d.h. ohne Ausbau der Bahninfrastruktur einzelne S44-Verbindungen einzuführen?

22.7206 Müller-Altermatt. Wann wird der neue Umweltbericht des BAFU aufgelegt und geschieht dies künftig wieder regelmässig?

Der letzte Umweltbericht des BAFU wurde 2018 publiziert. Er gab einen Überblick über Zustand und Entwicklung der Umwelt in der Schweiz, zog Bilanz aus den Massnahmen, die der Bund zur Verbesserung der Umweltqualität ergriffen hatte und zeigte den Handlungsbedarf auf.

- Die Zeiträume zwischen der Publikation des Berichts scheinen zunehmend variabel: Warum?

Wann wird er wieder publiziert?

- Enthält er wieder eine Bilanz der Massnahmen zur Adressierung des 2018 ausgewiesenen Handlungsbedarfs?

22.7211 Weber. Die Rolle von Katzen bei der Produktion von Schlacke

Gemäss einem Artikel der Zeitung Le Temps vom 9. März über Abfälle gibt es in der Schweiz 1,6 Millionen Katzen und das anfallende mineralische Katzenstreu ist für 10 Prozent (!) der in der Schweiz produzierten Schlacke verantwortlich. Kann der Bundesrat diesen Prozentsatz bestätigen und gedenkt er, etwas zu unternehmen, um die Schlackenmenge zu reduzieren, die bei der Verbrennung von Katzenstreu entsteht?

22.7216 Roduit. Stand der Bemühungen zur Sanierung gefährlicher Strommasten

In seiner Stellungnahme zu meiner Interpellation 19.3812 bezüglich der Problematik von Strommasten, die eine Gefahr für Vögel darstellen, hat der Bundesrat angegeben, sich des Problems bewusst zu sein. In der Folge wurde ein Revisionsvorschlag der Leitungsverordnung (LeV) erarbeitet und im Frühling 2020 in Vernehmlassung geschickt. Seitdem ist es um das Dossier still geworden. Wann wird die Änderung der LeV in Kraft treten und weshalb wurden die Revisionsarbeiten an der LeV unterbrochen oder gestoppt?

22.7226 Roduit. Die Umsetzung des Gasversorgungsgesetzes (GasVG) beschleunigen

2018 hat der Bundesrat in seiner Stellungnahme zu meiner Motion (18.3336) anerkannt, dass die Regulierung des Gasmarktes und jene des Strommarktes nicht unabhängig voneinander betrachtet werden können, da die beiden Sektoren in verschiedenen Punkten Ähnlichkeiten aufweisen oder teils zusammenhängen. Die Revision des Stromversorgungsgesetzes ist im Gange und die Vorlage des GasVG lässt noch immer auf sich warten. Sollte der Bundesrat im Hinblick auf das Gesamtenergiesystem bei der Vorlage des GasVG nicht mehr Gas geben?

22.7232 Strupler. Temporäre Reduktion der LSVA um Kostenexplosion im Transportgewerbe abzufedern

Durch den massiven Preisanstieg der Treibstoffkosten steht das Transportgewerbe vor einer grossen Herausforderung und die transportierten Güter wie Lebensmittel, Gebrauchsartikel, Baustoffe.... werden dadurch für alle teurer. Kann sich deshalb der Bundesrat vorstellen die LSVA Abgaben kurzfristig zu senken um eine Kostenexplosion im Transportgewerbe durch die massiv gestiegenen Treibstoffpreise etwas abzufedern?

22.7253 Farinelli. Verkehrsreduktion dank separaten Fahrspuren für Fahrzeuge, in denen mehr als eine Person sitzt

Das Verkehrsproblem wirkt sich in vielerlei Hinsicht auf unsere Gesellschaft aus; insbesondere in Bezug auf die Umwelt, die Wirtschaft und die Lebensqualität sind die Auswirkungen unbestritten. Eine wirksame Möglichkeit, mit der die persönliche Freiheit nur wenig einschränkt wird und die geeignet ist, die Auswirkungen des Verkehrs deutlich zu verringern, ist die Förderung der geteilten Mobilität.

- Wie beurteilt der Bundesrat die Einführung separater Fahrspuren für Fahrzeuge, in denen mehr als eine Person sitzt?
- Gibt es die Möglichkeit von Pilotprojekten in der Schweiz?

22.7254 Farinelli. Grenzüberschreitend separate Fahrpläne für die geteilte Mobilität

Eine wirksame Möglichkeit, das Verkehrsaufkommen zu reduzieren, ist die Förderung der geteilten Mobilität. Dies gilt insbesondere für Regionen mit viel Grenzgängerverkehr, wenn für Fahrzeuge, in denen mehr als eine Person sitzt, separate Fahrpläne geschaffen werden (sowohl auf Schweizer Seite als auch im Nachbarland).

- Wie beurteilt der Bundesrat diese Politik?
- Beabsichtigt er, sich zusammen mit den Kantonen insbesondere bei den Nachbarländern für die Umsetzung dieser Massnahme einzusetzen?

22.7259 Amos. Zugverbindungen für Grenzgängerinnen und Grenzgänger zwischen Domodossola und Brig

Ende 2021 wurde die Zahl der Zugverbindungen zwischen Domodossola und Brig reduziert. Hauptgrund dafür scheint die pandemiebedingte massive Reduktion des Fernverkehrsangebots der SBB zu sein. Dies wirkt sich aber sehr stark auf den Grenzgängerverkehr aus und führt zu überfüllten Zügen auf der BLS-Linie.

Werden das Bundesamt für Verkehr und die SBB das Notwendige veranlassen, damit die Interregio-Verbindungen Domodossola-Brig so rasch wie möglich wiederaufgenommen werden?

22.7270 Candinas. Und noch einmal: Was unternimmt die Schweiz ganz konkret für die Rückstufung des Schutzstatus des Wolfes von "streng geschützt" auf "geschützt"?

Meine Frage 22.7034 wurde viel zu wenig konkret beantwortet. Darum nochmals folgende Fragen zur nächsten Sitzung des Ständigen Ausschusses der Berner Konvention vom November 2022.

1. Hat der Bundesrat eine verbindliche Zusage, dass sein Antrag traktandiert wird und verfolgt er engagiert das Ziel seinen eigenen Antrag zum Erfolg zu bringen?
2. Wenn ja, welchen Plan verfolgt er und was wird er im Vorfeld der Sitzung unternehmen?

Wird er das Gespräch mit anderen Staaten suchen?

22.7301 Rügger. Berner Konvention - Unbefriedigende Antwort - was unternimmt der Bundesrat aktiv für einen Erfolg

In seiner Antwort auf die Anfrage 22.7034 (Candinas) gibt der Bundesrat eine unbefriedigende Antwort. "Er geht davon aus, dass der Ständige Ausschuss den Antrag der Schweiz auf die Tagesordnung seiner nächsten Sitzung setzen wird".

Offen bleibt die Frage:

- Ist der Bundesrat gewillt den Antrag, den Wolf in die Kategorie der "geschützten Tierarten" nicht nur traktandieren zu lassen, sondern auch aktiv und engagiert zum Erfolg zu verhelfen?
- Was unternimmt er im Vorfeld?

22.7272 Bulliard. Kein weiterer Abbau bei der Post

Eine vom Bundesrat eingesetzte Expertengruppe hat am 24. Februar 2022 ihre Vorschläge zur Weiterentwicklung der postalischen Grundversorgung vorgestellt.

In diesem Zusammenhang stelle ich dem Bundesrat folgende Fragen:

- Teilt er die Auffassung, dass die Vorschläge der Expertengruppe auf einen Abbau der Grundversorgung hinauslaufen?
- Welche Schritte unternimmt er, um die postalische Grundversorgung in Zukunft zu stärken?

22.7273 Suter. Wie sind die Ergebnisse der neuen Empa/EPFL-Studie, die teilweise im Widerspruch zu den Energieperspektiven 2050+ des Bundes stehen, einzuordnen?

Kürzlich wurde von Prof. Züttel (Empa/EPFL) mit Co-Autoren eine Studie veröffentlicht, welche die Kosten und Möglichkeiten für die Bereitstellung und Speicherung von CO₂-freier Energie berechnete. Die Studie "Future Swiss Energy Economy: The Challenge of Storing Renewable Energy" kommt teilweise zu Ergebnissen, die im Widerspruch zu den Energieperspektiven 2050+ des Bundes sowie anderen Gesamtenergieszenarien für die Schweiz stehen.

Wie ordnet der Bundesrat die Ergebnisse der Studie ein?

22.7274 Roth Pasquier. Wie denkt der Bundesrat über die Vorschläge der Expertenkommission zur Grundversorgung der Post?

Die mit der Grundversorgung der Post befasste Expertenkommission hat einen Bericht mit brisanten Vorschlägen abgeliefert.

- Hat der Bundesrat schon Stellung dazu genommen? - Wenn ja: Was ist seine Haltung?
- Wenn nein: Hat er die Absicht, dies zu tun, beziehungsweise wann?

22.7275 Brunner. Ist die Engpassbeseitigung der Autobahn in St. Gallen auch modularer denk- und umsetzbar?

Der erläuternde Bericht zur STEP-Vorlage führt aus, dass diejenigen Projekte dem nächsten Ausbauschritt zugewiesen werden sollen, welche voraussichtlich in der nächsten Berichtsperiode Baureife erlangen. Im Vorschlag des Bundesrates ist auch der Halbanschluss im Güterbahnhof-Areal St. Gallen enthalten.

- Ab welchem Zeitpunkt ist diese "Spange Güterbahnhof" baureif?
- Wäre die dringliche Engpassbeseitigung via 3. Röhre im Rosenberg auch ohne Halbanschluss im Güterbahnhof realisierbar?

22.7276 Brunner. Wurden die Wechselwirkungen zwischen den Projekten Zubringer Appenzellerland (NEB-Strecke N25) und dem Halbanschluss Güterbahnhof-Liebegg jemals vertieft untersucht?

Die genannten (Teil-)Vorhaben zum besseren Nationalstrassenanschluss des Appenzeller-Landes sind in STEP unterschiedlichen Kategorien/Zeithorizonten zugeordnet. Eine lediglich projektweise Einzelbetrachtung führt jedoch kaum zu optimalem Mitteleinsatz.

Verspricht sich der Bund vom höher priorisierten Projekt 'Engpassbeseitigung St. Gallen, inklusive Spange Güterbahnhof' auch Entlastungswirkungen für die Kapazitätsprobleme um den AR-Hauptort Herisau?

22.7285 Friedl Claudia. Teilspace Güterbahnhof/Liebegg - Konkurrenz zum Öffentlichen Verkehr?

In der STEP-Vorlage wird bei den Beurteilungskriterien (S. 46 ff) ausgeführt, dass Projekte schlechter eingestuft werden, die zu einer Konkurrenzierung des ÖVs führen können. Parallel zum geplanten Liebeggtunnel wurde vor drei Jahre ein Bahntunnel eröffnet, der die Ausserrhoder Gemeinden besser an die Stadt St. Gallen anbindet. Sein Potential ist noch nicht ausgeschöpft.

- Konkurrenzieren die neue Teilspace Güterbahnhof-Liebegg diese ÖV-Investition?
- Warum wird deshalb nicht darauf verzichtet?

22.7290 Rechsteiner Thomas. Umbau der Post: Nicht zulasten der KMU und der ländlichen Räume!

Kürzlich hat eine vom Bundesrat eingesetzte Arbeitsgruppe ihren Bericht für die Zukunft der Post mit zum Teil radikalen Vorschlägen vorgestellt.

Kann der Bundesrat zusichern, dass

1. keine wettbewerbsverzerrenden Massnahmen wie Firmenzukäufe vorgeschlagen werden, die zu einer Benachteiligung der KMU führen?
2. bei einem allfälligen Abbau des Service public wie der Postzustellung die ländlichen und abgelegenen Gebiete auf keinen Fall benachteiligt werden?

22.7292 Roduit. Ökologische Sanierungsmassnahmen. Problematische Zahlungsrückstände beim BAFU

Werden bei einer Wasserkraftanlage ökologische Sanierungsmassnahmen ergriffen, leisten die Besitzer Vorleistungen, für sie dann nach Abschluss der Sanierungsmassnahmen entschädigt werden. Bevor Unternehmer, die Sanierungsmassnahmen vorgenommen haben, beim Besitzer der Anlage den geschuldeten Betrag einfordern können, müssen sie die Auszahlung des BAFU an den Besitzer abwarten. Weil Bund und Kantone bei der Rechnungsstellung im Verzug sind, müssen gewisse Unternehmer mehr als zwei Jahre warten, bis ihre ausstehende Rechnung beglichen wird.

Wie will der Bundesrat hier Abhilfe schaffen?

22.7293 Roduit. Sofortmassnahmen beim Herdenschutz und Wolfsmanagement. Rechtliche Grundlagen

Zu Beginn der Session, als über den Nachtragskredit für Sofortmassnahmen beim Herdenschutz und Wolfsmanagement beraten wurde, stellte sich heraus, dass das BAFU die Finanzkommission des Nationalrats fälschlicherweise dahingehend informierte, dass für die genannten Massnahmen keine rechtliche Grundlage bestehe. Aber nach Artikel 10ter Absatz 1 Buchstabe d der Jagdverordnung ist es möglich, dass sich das BAFU an der Finanzierung solcher Massnahmen beteiligt.

Wurde der Bundesrat über diese beunruhigende Fehlangebe informiert, und was hält er davon?

22.7296 Glättli. Russisches Erdgas boykottieren wegen des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs gegen die Ukraine

Die Erlöse aus dem Rohstoffhandel sind zentral für Russland. Zu den föderalen Staatseinnahmen trägt die Energiewirtschaft etwa die Hälfte bei. In der Schweiz stammt knapp die Hälfte des importierten Erdgases aus Russland. Technisch wäre laut öffentlicher Verlautbarungen des Verbands der Schweizer Gasindustrie ein Boykott machbar.

Ist der Bundesrat bereit, die Schritte der USA nachzuvollziehen und analog einen Importstopp für russisches Erdgas in die Schweiz zu verhängen?

22.7297 Glättli. Sofortprogramm zur Stärkung der Energiesouveränität Schweiz durch Energiesparmassnahmen

Neben der direkten Abhängigkeit der Schweiz von fossilen Energieträgern ist die Schweiz auch indirekt von fossiler Stromerzeugung im Ausland abhängig. Jede Reduktion des Energieverbrauchs ist darum hilfreich.

- Welche rasch umsetzbaren Energiespar-Massnahmen identifiziert der Bundesrat im eigenen Kompetenzbereich und bei Empfehlungen an Kantone/Gemeinden/Private?
- Wie steht er dazu?

Z.B zu:

- Reduktion der Beleuchtung von Nationalstrassen
- autofreie Sonntage
- Senkung der Raumtemperatur um 1-2°

22.7298 Glättli. Erneuerbare Energien als Freiheitsenergien: Sofortprogramm zur Reduktion der fossilen Abhängigkeit der Schweiz durch massives Investitionsprogramm

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine machte die verheerende Abhängigkeit der EU und der Schweiz vom Import fossiler Energieträger erneut bewusst. Erneuerbare Energien sind im Gegensatz dazu "Freiheitsenergien" (Chr. Lindner) und der Umstieg auf nicht-fossile Energien muss massiv beschleunigt werden.

Ist der Bundesrat bereit, dafür rasch ein massives Investitionsprogramm vorzuschlagen, wie dies die deutsche Bundesregierung am Sonntag mit einem 200 Milliarden-Klimaprogramm getan hat?

22.7307 Binder. Kampagne Energie-Sparmassnahmen im privaten Bereich

Die Hälfte des hier verheizten Gases stammt aus Russland und wird auch im privaten Bereich gebraucht. Die momentane Situation lässt die Sensibilität für die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen steigen.

Ist der Bundesrat bereit, eine offizielle Energiesparkampagne mit konkreten Ratschlägen, im speziellen auch für den privaten Bereich zu lancieren?

Dies in der Nutzung des Momentums, generell verstanden als ökologische Massnahme (nicht nur auf Gas bezogen) und, um Importe aus Russland zu senken.

22.7309 Klopfenstein Broggin. Was macht der Bundesrat, um die Folgen der Negativemissionstechnologien (NET) zu klären?

Als Antwort auf meine Frage 22.7075 bestätigt der Bundesrat, dass eine vom Bund unterstützte Studie zum Ziel hat, die Chancen und Risiken der verschiedenen Negativemissionstechnologien (NET) zu klären.

Es handelt sich dabei um eine Meinungsumfrage, welche die Einschätzung der Stakeholder abbilden soll:

- Wann wird der Projektbericht veröffentlicht werden?
- Welche weiteren Aktivitäten im Bereich der NET sind im Gange?

22.7310 Klopfenstein Broggin. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass die Förderung von Negativemissionstechnologien keine negativen Folgen auf die Umwelt hat?

Ich begrüsse die Tatsache, dass der Bundesrat die Annahme der Motion 21.4333 beantragt hat. Allerdings bleiben Fragen - die Frage nach den schädlichen Auswirkungen von Subventionen auf die Umwelt und die Frage, wie diese Auswirkungen niedrig gehalten oder vermieden werden können - mit Blick auf die Regulierungsfolgenabschätzung ausgeklammert. Die verschiedenen Ansätze unterscheiden sich deutlich, was Potential, Effizienz und Wirksamkeit betreffen.

- Wie gedenkt der Bundesrat zu handeln?
- Wie und wann wird er darüber informieren?

22.7311 Klopfenstein Broggin. Weshalb den indirekten Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative abwarten, um rasch Massnahmen gegen das Insektensterben zu ergreifen, wenn doch vier Motionen zur Eile mahnen?

In seiner Antwort auf meine Frage 21.7925 hat der Bundesrat geschrieben, dass er seit mehreren Jahren Massnahmen ergreife, um den Biodiversitätsverlust zu bremsen (beispielsweise im Rahmen des Aktionsplans zur Strategie Biodiversität), und dass diese Massnahmen auch den Insektenpopulationen zugutekämen. Und gleichzeitig schreibt der Bundesrat in jeder seiner Antworten auf einschlägige Fragen, dass die Insektenfauna unentwegt im Niedergang begriffen sei. Angesichts der mageren Bilanz seiner bisherigen Bemühungen stellt sich die Frage: Hat der Bundesrat sich zum Handeln entschlossen, oder will er noch länger zuwarten?

22.7316 Brenzikofer. Solidaritäts GA für Geflüchtete

Geflüchtete benötigen eine minimale Mobilität.

- Ist es für den Bundesrat bzw. die SBB denkbar, den Flüchtenden für Behördengänge, Sprachkurse usw. die Fahrt mit dem Öffentlichen Verkehr zu ermöglichen?
- Ist es möglich, dass Sie für die kommenden Monate Geflüchteten ein "Solidaritäts-GA" zur Verfügung stellen bis entsprechend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen?
- Wie schnell kann ein solches Angebot lanciert werden?

22.7320 Ryser. Verletzung des Betriebsreglementes auf dem Flugfeld Altenrhein

Auf dem Flugfeld Altenrhein finden seit Jahren Flüge ausserhalb der erlaubten Betriebszeiten statt. Im Dezember 2021 wurden 23 An- bzw. Abflüge mit Ausnahmegewilligung ohne Begründung zugelassen. Dies verursacht Mehrbelastung der regionalen Bevölkerung und widerspricht den kantonalen und nationalen Klimazielen. Nun sind von Seiten der Betreiberin und dem Bund Bestrebungen nach zusätzlichen Öffnungszeiten im Gange.

22.7322 Ryser. Aktuelle Verkehrsentwicklungen bei der Planung des Autobahnanschlusses "Güterbahnhof" berücksichtigen

Die 3. Röhre Rosenberg und der Zubringer Güterbahnhof (Teilsperre) werden als Einheit "Engpassbeseitigung St. Gallen" beschrieben. Aktuelle Verkehrsprognosen zeigen ein weniger starkes Wachstum als noch vor 10 Jahren, als diese Variante definiert wurde. Das städtische Stimmvolk hat sich in zwei Volksabstimmungen gegen das Wachstum des MIV entschieden.

- Ist es möglich, die Teilprojekte zu etappieren?
- Wird das Projekt Teilsperre basierend auf den aktuellen Verkehrsentwicklungen neu beurteilt?

22.7328 Glättli. Angriffe und Einnahme von AKW in der Ukraine durch die russische Armee: wie unterstützt die Schweiz die Bestrebungen der IAEA zur Risikominimierung?

Die Situation der AKW in der Ukraine gibt zu grosser Besorgnis Anlass. So erhält die IAEA z.B. gemäss aktueller Infos keine Informationen mehr von den Kontrollsystemen die bei Tschernobyl installiert wurden, weil die Übertragung gestoppt wurde durch die Russen.

Wie unterstützt die Schweiz die IAEA bei der Bewältigung der potentiell auch für die Schweiz bedrohlichen Situation?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

22.7169 Weichelt. Putins Rohstoffhandel sanktionieren

80 Prozent des russischen Rohstoffhandels wird über die Schweiz gehandelt.

- Ist der Bundesrat bereit, den Handel mit "hard commodities" durch russische Staatsfirmen in der Schweiz zu sanktionieren?
- Welche Rolle spielt der Schweizer Rohstoffhandelsplatz aus der Sicht des Bundesrates für die Staatseinnahmen Russlands?

22.7171 Brenzikofer. Sanktionen russische Oligarchen

Die Schweiz ist aufgrund seines Rohstoff- und Finanzsektors ein wichtiger Wirtschaftsstandort für Russland.

- Wie beurteilt der Bundesrat das Risiko, dass Putin-nahe Oligarchen mithilfe von zypriotischen, maltesischen oder bulgarischen Staatsbürgerschaften und Geschäftsaktivitäten Sanktionen umgehen könnten?
- Falls aus Sicht des Bundesrates ein Risiko besteht, wie kann die Schweiz dies verhindern?

22.7177 Sauter. Ausdehnung der Tourismuszonen auf Innenstädte

Um die Innenstädte nach der Corona-Pandemie wieder zu beleben und den Städtetourismus zu stärken, braucht es in touristischen Quartieren auch an den Wochenenden Einkaufsmöglichkeiten, wie dies in klassischen Berg-Destinationen schon längst der Fall ist. Dafür ist die Verordnung zum Arbeitsgesetz dahingehend zu ergänzen, dass auch in Städten und grossen Ortschaften Tourismuszonen geschaffen werden können.

Ist der Bundesrat gewillt, diese Anpassung vorzunehmen?

22.7189 Gugger. Schutzwesten für ukrainische Kinder

Viele ukrainische Kinder flüchten und sind schutzlos den russischen Aggressionen ausgeliefert. Daher ist es wichtig, dass der Bundesrat sofort eine Ausnahme macht zum Thema "dual use" beim Thema Schutzwesten für Kinder.

Ist der Bundesrat bereit in dieser ausserordentlichen Situation eine Ausnahme zu machen?

22.7192 Dettling. Versorgungssicherheit aufgrund des Krieges in der Ukraine

Die Ukraine ist die Kornkammer Europas. Russland der weltweit grösste Düngerexporteur. Der Krieg kann sehr grosse Auswirkungen für die Schweizer Ernährung haben. Aufgrund des sinkenden Selbstversorgungsgrad in der Schweiz sind wir je länger je mehr auf Importe angewiesen.

- Wie stellt der Bundesrat aufgrund des Krieges die Ernährung der Schweizer Bevölkerung sicher?
- Verfügt er über Pläne um die Produktion in der Schweiz zu erhöhen oder verlässt er sich im Krisenfall nur auf Importe?

22.7223 Gmür Alois. Versorgungskrise bei Nahrungsmitteln

2021 war ein schlechtes Getreideerntejahr. 95 000 Tonnen Brotgetreide mussten in der Schweiz aus qualitativen Gründen in den Futtersektor geleitet werden. Die Schweiz ist vermehrt auf Importweizen angewiesen. Mit dem Krieg in der Ukraine ist die Produktion von Brotgetreide auf der globalen Ebene bedroht. Es drohen Versorgungsengpässe und explodierende Preise.

Was unternimmt der Bundesrat angesichts der drohenden globalen Versorgungskrise im Nahrungsmittelbereich?

22.7202 Glanzmann. Solidarische Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität

Der Chef von Emmi warnt vor steigenden Lebensmittelpreisen. Es könnte zu preistreibenden Dominoeffekten kommen. Grund ist der Krieg in der Ukraine. Es kann zu Lieferkettenunterbrüchen im Nahrungsbereich kommen. Die Transportkapazitäten sind eingeschränkt. Preissteigerungen bedrohen weltweit sozial Schwächere. Wie kann die Schweiz ihre Verantwortung wahrnehmen und die eigene landwirtschaftliche Produktion solidarisch erhöhen, damit steigende Importe nicht den Hunger auf der Welt fördern?

22.7241 Friedli Esther. Selbstversorgungsgrad steigern - Agrarpolitik neu ausrichten

Die Ukraine ist eine der Kornkammern der Welt. Der Krieg in der Ukraine bedroht die globale Versorgungssicherheit mit Grundnahrungsmitteln. Beispielsweise beim Anbau von Sonnenblumen hat die Ukraine einen Weltmarktanteil von 50 Prozent. Die Preise für Nahrungsmittel werden weltweit steigen.

Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass der Selbstversorgungsgrad der Schweiz gesteigert und die Agrarpolitik neu ausgerichtet werden muss?

22.7256 Haab. Sinkender Selbstversorgungsgrad in der Krise, Nahrungsmittelversorgung ist bedroht

Viele Importländer sind auf die Produkte aus der Ukraine und Russland angewiesen. Nordafrika und der Nahe Osten importieren über 50% ihres Getreidebedarfs aus der Kriegsregion. Insbesondere wenn die Ernten in Europa und Nordamerika so schlecht sind wie letztes Jahr drohen weltweite Hungersnöte.

Wird der Bundesrat in den kommenden Entscheiden in der Agrarpolitik die globale Nahrungsmittelunsicherheit aufgrund des Krieges berücksichtigen?

22.7283 Huber. Ergreift der Bundesrat Massnahmen um den Selbstversorgungsgrad bei Lebensmitteln anzuheben?

Die Ukraine und Russland produzieren rund einen Drittel der weltweiten Getreideexporte. Durch den Krieg in der Ukraine ist der Getreidepreis in den letzten Tagen explosionsartig angestiegen und die Versorgung der Weltbevölkerung mit Nahrungsmitteln stark gefährdet. Hat sich der Bundesrat im Hinblick auf Versorgungsengpässe, welche vor allem die Armen der Welt treffen, Gedanken gemacht, ob und wie er die Selbstversorgung bei Lebensmitteln in der Schweiz anheben will?

22.7207 Schilliger. Einkaufsbremse für Post

Der Bundesrat hat mit Motion Caroni 20.3531 den Auftrag, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um einen fairen Wettbewerb zwischen Unternehmen des Bundes und Privaten Firmen zu ermöglichen; Handlungsbedarf herrscht speziell bei der Post.

- Bis wann liegt die Botschaft vor?
- Ist der Bundesrat bereit, vorab Massnahmen zu erlassen, damit die Post ihre Einkaufstour in den nächsten Jahren nicht ungehindert weiterführt, den Wettbewerb weiterhin beschädigt und den Willen des Parlaments unterläuft?

22.7214 Wasserfallen Christian. Horizon Europe: Ersatzmassnahmen

Horizon Europe ist ein Programm für die Jahre 2021 - 2027. Das heisst, dass eine Assoziierung der Schweiz je länger je unattraktiver wird. Wann und unter welchen Bedingungen plant der Bundesrat die Aufnahme der Vorbereitung von Ersatzmassnahmen?

22.7235 Aebischer Matthias. Übergangsmassnahmen zu Horizon Europe

Wird der Bundesrat sicherstellen, dass die betroffenen BFI-Institutionen von Beginn an aktiv, gemeinsam und in transparenter Weise bei der Ausgestaltung zielführender Ersatzmassnahmen mitwirken können, sofern derartige Ersatzmassnahmen notwendig werden sollten?

22.7215 Steinemann. Übersicht über die Sanktionen gegen Russland

Seit dem Angriff Putins auf die Ukraine dürfte Russland zum grössten Ziel von Sanktionen geworden sein.

- 1a. Wie viele Sanktionen sind von der Schweiz?
- 1b. Wie viele hat die Schweiz verhängt, wie viele übernommen und wie viele dienen der Verhinderung der Umgehung?
2. Wie viele die EU? Sind es mehr als die Schweiz?
3. Und wie viele die USA?
4. Wie viele Sanktionen haben andere Staaten ergriffen?
5. Hat die UNO Sanktionen gegen Russland ergriffen?

22.7230 Strupler. Landesversorgung jetzt sichern

Nach Lieferengpässen in der Coronapandemie, zeigt uns auch der schlimme Krieg in der Ukraine leider auf wie schnell die Versorgungsketten unterbrochen und die Verfügbarkeit eingeschränkt werden.

- Was unternimmt der Bundesrat in diesem Zusammenhang damit die Selbstversorgung nicht weiter abgebaut wird?
- Und wo sieht er die Möglichkeit die Lebensmittel-Verarbeitungsindustrie in der Schweiz zu fördern und zu stärken?

22.7231 Strupler. Mehr Qualität statt mehr Fläche bei der Biodiversität

Eine dritte Qualitätsstufe im Bereich Biodiversität welche mit Einbezug der Strukturqualität erreicht werden soll, steht schon lange zur Diskussion.
Wie weit ist hier der Bundesrat und ist er bereit diese zusätzlichen Aufwendungen ausserhalb des Landwirtschaftsbudget zu finanzieren?

22.7236 Pult. Horizon Europe: Übergangsmassnahmen

Welche Massnahmen sind geplant, um Forschenden in der Schweiz die unbürokratische Zusammenarbeit mit Partner:innen im Ausland zu ermöglichen?

22.7237 Atici. Übergangsmassnahmen nach dem Ausschluss der Schweiz aus Horizon Europe

Wer entscheidet aufgrund welcher Kriterien wann, ob und wie Übergangsmassnahmen durchgeführt werden?

22.7291 Locher Benguerel. Übergangsmassnahmen (Horizon Europe)

Welche Massnahmen sind geplant, um internationale Talente in die Schweiz zu holen und wer ist in der Diskussion miteinbezogen?

22.7240 Bourgeois. Russisch-ukrainischer Konflikt in der Ukraine. Auswirkungen auf die Lebensmittelproduktion

Welche Massnahmen sieht der Bundesrat infolge des in der Ukraine ausgebrochenen russisch-ukrainischen Konflikts vor, um in unserem Land das Potenzial zur Produktion von Lebensmitteln und Futtermitteln zu sichern und um der Erhöhung der Kosten bei den Produktionsmitteln Rechnung zu tragen, so etwa bei den Stickstoffdüngern, deren Preis sich mehr als verdoppelt hat?

22.7244 Dandrès. Wird der Bundesrat 19 Jahre nach der ersten Klage vor der ILO und nun, wo das Europa-Dossier wieder eröffnet ist, endlich Massnahmen vorschlagen, um diejenigen zu schützen, die sich an ihrem Arbeitsort engagieren?

Die Schweiz schützt die Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter nicht wirksam. Diese Lücke hindert die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer daran, ihre Rechte und die Gesamtarbeitsverträge zu verteidigen und deren Einhaltung zu gewährleisten. Die gewerkschaftsfeindlichen Entlassungen derjenigen, die sich gegen Lohndumping wehren, brechen nicht ab. Die Entlassung von Gewerkschaftsdelegierten bei Smood sind ein Beweis dafür. Seit der Mediation, die der Bundesrat in seiner Antwort auf die Frage 20.5684 erwähnt hat, sind zwei Jahre vergangen.
Was wird der Bundesrat nun, wo das Europa-Dossier wieder eröffnet ist, vorschlagen, um solche Entlassungen zu verhindern?

22.7246 Dandrès. Der Bundesrat öffnet das Europa-Dossier wieder: Sind flankierende Massnahmen geplant?

Beim Europa-Dossier stellt sich die Frage nach den politischen Bedingungen, die ein Abkommen mit der EU erfüllen muss, das vom Willen der Schweizer Bevölkerung und der EU abhängt. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen sicher sein, dass ein solches Abkommen nicht mehr Unsicherheit und Lohndumping zur Folge hat. Die Krise in der Beziehung mit der EU kann nur überwunden werden, wenn die Freizügigkeit an soziale und gewerkschaftliche Rechte geknüpft wird.
Plant der Bundesrat ein zusätzliches Paket flankierender Massnahmen zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Mieterinnen und Mieter?

22.7252 Haab. Sichere Nahrungsmittelversorgung in der Schweiz durch Streichung von Wirkstoffen bei Pflanzenschutzmittel nicht gefährden

Das BLW bestätigt in seinem Begleitbrief vom 28. Januar 2021 zur Konsultation der Pflanzenschutzmittelverordnung, dass durch Streichung von 20 Wirkstoffen die Möglichkeiten eingeschränkt werden, Nutzpflanzen vor Schädlingen zu schützen. Ertrags- und Qualitätseinbussen sind die logischen Folgen davon.
Ist der Bundesrat bereit, im Lichte der sich abzeichnenden globalen Nahrungsmittelkrise als Auswirkung des Ukraine-Konfliktes, diesen Beschluss nochmals zu überdenken?

22.7257 Haab. Düngerimporte aus Russland, wie weiter?

Russland ist weltweit gesehen der grösste Exporteur von Düngemittel. Die Schweiz importierte im Jahre 2021 24 000 Tonnen Dünger aus Russland. 13 500 Tonnen davon waren Stickstoffdünger, dies entspricht einem Anteil von 54% an den gesamten Stickstoffimporten zu Düngezzwecken in unser Land.
Was gedenkt der Bundesrat bei anhaltendem Embargo zu tun, um die Versorgung der Schweiz mit Dünger zu gewährleisten?

22.7261 Dettling. Reduktion der Pflichtlager ein Fehler

Die Pflichtlagerhaltung in der Schweiz dient als Schutz in einer Krise. Mit dem Konflikt in der Ukraine gerät die Ernährungssicherheit in den Fokus. Nachdem das Erntejahr 2021 in grossen Teilen der Schweiz und Europas sehr schlecht war und nun die Ernte in der Ukraine in grosser Gefahr ist, könnte es zum super Gau kommen.
Warum hat der Bundesrat die Pflichtlagerhaltung beim Hartweizen seit dem Jahre 2008 um 17 000t und beim Zucker um 20 000t gesenkt, obwohl die Bevölkerung massiv gewachsen ist?

22.7262 Baumann. Futtermittelimporte aus Russland

Der Angriff Russlands auf die Ukraine betrifft auch die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft, da aus beiden Ländern grosse Mengen Futtermittel importiert werden. Um die Schweizer Fleisch-, Milch- und Eierproduktion zu unterstützen, senkt der Bund ab dem 15. März kurzerhand die Importzölle für Futtermittel.
Gilt dies auch für Futtermittelimporte aus Russland?

22.7263 Baumann. Futtermittelimporte unterstützen - zu welchem Preis?

Um Preissteigerungen bei Fleisch, Milch und Eiern zu verhindern, senkt der Bund ab 15. März die Importzölle für Futtermittel.
Wie hoch schätzt der Bundesrat die Zollaussfälle für diese Unterstützung der bodenunabhängigen landwirtschaftlichen Produktion in der Schweiz?

22.7268 Meyer Mattea. Konfiszierung von Vermögenswerten von sanktionierten russischen Oligarchen

Gemäss veröffentlichten Aussagen des SECO, werden "Luxusgüter, Immobilien oder Kunstwerke als wirtschaftliche Ressourcen angesehen und müssen somit blockiert werden (...) Konkret werden diese Vermögenswerte aber nicht eingezogen. Der Handel damit ist indes verboten."
Weshalb verzichtet das SECO darauf, diese Vermögenswerte einzuziehen und damit mehr Druck aufzusetzen?

22.7269 Wermuth. Task Force zur systematischen Erfassung der Vermögensstrukturen der sanktionierten und weiterer kremlnaher Oligarchen

- Ist der Bundesrat bereit, die Einrichtung einer Task-Force zur systematisch Erfassung der Vermögensstrukturen der sanktionierten und weiterer kremlnaher Oligarchen einzurichten, damit die tatsächlichen Vermögensverhältnisse und wirtschaftlichen Berechtigungen festgestellt werden können?
- Wird er diese Arbeiten mit der EU und anderen, bereits bestehenden Task-Forces zu diesem Zweck in anderen Ländern koordinieren?

22.7324 Glättli. Beschlossene Russland-Sanktionen gegen sanktionierte Personen tatsächlich umsetzen: Task Force zur Ermittlung der tatsächlichen Vermögensstruktur und der tatsächlich wirtschaftlichen Berechtigten

- Für eine effektive Umsetzung der Sanktionen müssen die tatsächlichen Vermögensstrukturen sanktionierter Personen untersucht und Namen und Vermögen verknüpft werden. Länder wie USA und D setzten dazu eine Task-Force ein.
- Was hat der Bundesrat hierzu schon unternommen?
 - Ist er bereit, rasch eine Task-Force mit allen relevanten Institutionen des Bundes zusammenzustellen (Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD), Finanzmarktaufsicht (FINMA), Bundesanwaltschaft (BA), Geldwäscherei-Meldestelle (MROS))?

22.7289 Paganini. Energieversorgungssicherheit für die Schweizer Lebensmittelindustrie

Die Eskalation der Energiekrise in Europa bereitet der Schweizer Nahrungsmittelindustrie als Grossbezügerin von Erdgas, Strom und Öl grosse Sorgen. Sollten die Erdgaslieferungen von Russland eingestellt werden, stellt sich die Frage der Priorisierung der Erdgas- und Energielieferungen an die Abnehmer. Wird in diesem Fall nach der Systemrelevanz der Unternehmen entschieden, um die Produktion von Lebensmitteln und Getränken aufrechtzuerhalten?

22.7302 Strupler. Wirtschaftliche Probleme durch explodierende Treibstoff-, Heizöl-, Gas- und Strompreise verhindern

Was für Möglichkeiten sieht der Bundesrat mit Steuerreduktionen, Aussetzung der CO2 Abgaben, Freigabe von Pflichtlagern und weiteren Massnahmen die wirtschaftlichen Probleme durch die massive Erhöhung der Energiepreise für Privathaushalte, Gewerbe und Industrie etwas abzufedern?

22.7308 Strupler. Stärkung der Selbstversorgung durch Erhöhung der Versorgungssicherheitsbeiträge

Sieht der Bundesrat im Hinblick auf sich eine abzeichnende weltweite Nahrungsmittelknappheit eine Möglichkeit die Versorgungssicherheitsbeiträge innerhalb der Direktzahlungsverordnung zu erhöhen um damit den Selbstversorgungsgrad der Schweiz zu stärken?

22.7317 Humbel. Versorgungsprobleme bei Medikamenten

- Diese Woche wurde mittels Medienmitteilung bekannt gemacht, dass es eine schwere Mangellage bei oralen, retardierten Opioiden gibt. Dies anscheinend aufgrund einer praktischen Monopolstellung des Anbieters.
- Was unternimmt der Bundesrat, um solche Situationen zu durchbrechen?
 - Gibt es weitere essenzielle Medikamente, bei welchen die Versorgungslage durch Monopolstellungen bedroht ist?

22.7319 Crottaz. Ist die Schweiz bereit, den zivilen Einsatzdiensten in der Ukraine Schutzmaterial zu liefern?

Die Krise in der Ukraine führt zu einer starken Belastung des Personals von Sanität und Feuerwehr. Diese Dienste sind gezwungen, die Folgen der Bombardierungen, die Verletzte und Brände verursachen, zu bewältigen. Die Einsätze sind aufgrund der Bombardierungen riskant und die Einsatzleute müssen sich physisch schützen können. Kann die Schweiz zum Schutz der zivilen Sanitäterinnen und Sanitäter sowie der Feuerwehrleute sofort Schutzhelme und kugelsichere Westen in die Ukraine schicken?

22.7326 Rytz Regula. Warum wird bei der Absatzförderung der "negative Nutzen" von Schweizer Fleischprodukten nicht vermittelt, bezüglich Biodiversität, Gesundheit und Klima?

Der Bundesrat schreibt auf meine Frage 21.7769, die Verkaufsförderung unterstütze Schweizer Produkte, damit ihre Qualität und ihr Nutzen den Konsumentinnen und Konsumenten richtig vermittelt werden.

- Was bedeutet "richtig vermittelt", angesichts der Tatsache, dass die Landwirtschaft ihre gesetzlich verankerten Umweltziele seit Jahren verfehlt, besonders bei Ammoniak und Stickstoff?
- Warum wird der "negative Nutzen" dieser Produkte nicht vermittelt, bezüglich Biodiversität, Gesundheit und Klima?

Finanzdepartement

22.7164 Wyss. Zeichen der Solidarität durch Anwendung Art. 4, Abs. 2 NSAG

Gemäss NSAG, Art. 4, Abs. 2 kann die Oberzolldirektion bestimmte Fahrzeuge von der Pflicht, eine "Autobahnvignette" kaufen zu müssen, aus humanitären Gründen ausnehmen.

Ist der Bundesrat respektive die Oberzolldirektion bereit als Zeichen der Solidarität mit den Flüchtlingen aus der Ukraine diese Ausnahme zu aktivieren und auf die Autobahnvignette bei ukrainischen Fahrzeugen zu verzichten?

22.7167 Steinemann. Hat der Bund ein Monitoring über die Firmentätigkeit seiner Angestellten?

Im Kanton Zürich haben Kaderangestellte des Strassenverkehrsamtes nebenbei einen Autohandel geführt, was zu Interessenkonflikten und Abklärungen bis hin zu möglichen strafbaren Handlungen geführt hat. Ein Monitoring des Kantons, wie es grosse Firmen über ihre Mitarbeiter betreiben, hätte diese Doppelrolle aufgedeckt.

- Verfügt der Bund über ein solches Monitoring?
- Lässt der Bund seine Angestellten mit den Handelsregisterdaten abgleichen?

22.7178 Friedl Claudia. Kleine Vereine unter Geldwäscherei- und Terrorismusverdacht - Lösung finden

Mit der Änderung des Geldwäschereigesetzes sollte ein griffiges Gesetz gegen Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung geschaffen werden. Die Lobby der Anwälte und Berater im Parlament schaffte es, diese als wichtige Akteure auszunehmen. Dafür fallen nun kleine, gemeinnützige Vereine und Stiftungen mit Beziehungen in Entwicklungsländer darunter, obwohl der Bundesrat eine Lösung zu finden versprach.

- Warum wurde dieses Versprechen nicht eingehalten?
- Wie kann dies noch geändert werden?

22.7183 Addor. Treibstoffsteuern senken, um die Auswirkungen der Krise zu mildern?

Seit Beginn des Kriegs in der Ukraine sind die Treibstoffpreise gestiegen.

- Ist der Bundesrat der Ansicht, dass diese Entwicklung von Dauer sein wird?
- Wenn ja, ist er bereit, die Auswirkungen dieser Preissteigerung auf Unternehmen und Privatpersonen zu mildern, indem er auf jenen Faktor einwirkt, der teilweise von ihm abhängt, das heisst, indem er die Steuern für Treibstoffe reduziert?

22.7185 Rytz Regula. Was passiert mit den hängigen Verfahren vor dem Militärgericht?

Mit der Umstrukturierung wurde die rechtliche Unterstellung des Grenzwachkorps in Frage gestellt. Zu diesem Zeitpunkt seien sämtliche Verfahren, welche aufgrund eines Ereignisses mit Tatzeitpunkt nach dem 1. Januar 2021 eröffnet wurden, vorläufig durch die Militärjustiz suspendiert, resp. wird die Voruntersuchung nach der zeitkritischen Beweissicherung nicht weitergeführt.

- Ist diese Information korrekt?
- Wie gedenkt der Bundesrat mit dieser Rechtsunsicherheit umzugehen?

22.7186 Wyss. Klärung rechtliche Unterstellung der neuen Funktionen beim BAZG

Die Transformation beim BAZG ist bereits in vollem Gange. Es wurden neue Funktionen (neue Stellenbeschreibungen) eingeführt.

- Welchem Recht (Militärgesetz oder Zivilgesetz) sind die Mitarbeitenden mit Zollhintergrund in neuen Funktionen unterstellt?
- Ab wann finden ggf. Änderungen statt?
- Wie werden ggf. die entsprechenden Personen informiert?

22.7196 Reimann Lukas. Verzollungs-Bürokratie behindert humanitäre Hilfe für die Ukraine

Zahlreiche von Privatpersonen organisierte Sachspenden-Direkthilfeaktionen für die Ukraine verzögern sich aufgrund einer komplizierten und für Laien kaum zu bewältigenden Verzollungs-Bürokratie. Zudem sind Behörden zeitlich nur begrenzt verfügbar.

- Was unternimmt der Bundesrat, damit dringend benötigte, humanitäre Hilfe unkompliziert, unbürokratisch und umgehend ankommt?
- Braucht es vereinfachte Zollverfahren zur Versorgung Betroffener in Kriegs- und Katastrophenfällen?

22.7205 Marchesi. Explosionsartiger Anstieg des Benzinpreises. Welche Massnahmen sieht der Bundesrat vor, um die Bürgerinnen und Bürger zu schützen?

In den letzten Tagen ist der Benzinpreis an den Tankstellen auf bis zu 2,20 Franken pro Liter gestiegen, und schon bald könnte ein Preis von 3 Franken erreicht werden.

1. Wird der Bundesrat die Treibstoffabgaben vorübergehend aussetzen, um den Anstieg der Endkosten zu begrenzen, die die Konsumentinnen und Konsumenten tragen müssen?
2. Wie will er die Preisspekulation durch die Tankstellenbetreiber überwachen, deren Preise an den Zapfsäulen schon heute stark voneinander abweichen?

22.7225 Regazzi. Hilfsgütertransporte in die Ukraine jetzt erleichtern

Wenn Private die Initiative ergreifen und den ukrainischen Flüchtlingen konkret Hilfe zukommen lassen wollen, sehen sie sich mit dem Problem der Schwerverkehrsabgabe (LSVA) und der Zollabgaben konfrontiert. Diese Abgaben verteuern den Transport von Hilfsgütern stark.

Ich frage den Bundesrat:

1. Ist er bereit, solche privaten Hilfsgütertransporte von der LSVA und von allfälligen weiteren Zollabgaben zu befreien?
2. Ist er bereit, den Weg durch den Zoll für solche Hilfsgütertransporte zu erleichtern?

22.7238 Giezendanner. Schmerzgrenze an der Tanksäule?

Wo liegt nach der Ansicht des Bundesrates die Schmerzgrenze für den Endkonsumenten an der Zapfsäule (Benzin und Diesel)?

Ist er analog von den Nachbarländern (Deutschland, Österreich u.a.) bereit ein Entlastungspaket im Bereich Treibstoffe zu schnüren, da der Staat an den Einnahmen im Bereich der Mehrwertsteuer partizipiert.

22.7299 Kamerzin. Steigende Benzinpreise: Sind Massnahmen vorgesehen?

Die Situation in der Ukraine hat einen drastischen Anstieg der Benzinpreise ausgelöst, die demnächst 3 Franken pro Liter betragen könnten. Dieser Preisanstieg trifft die Haushalte, die Konsumentinnen und Konsumenten sowie die Unternehmen mit voller Wucht.

- Sieht der Bundesrat Massnahmen vor, um die Familien und die Wirtschaft zu entlasten, beispielsweise eine Senkung der Treibstoffsteuern und des Zuschlags?
- Sind weitere Massnahmen vorgesehen?

22.7245 Dandrès. Mit welchen Massnahmen kann die Bevölkerung vor den erhöhten Brennstoffpreisen geschützt werden?

Der Krieg, den Putins Regime in der Ukraine führt, wird steigende Energiepreise nach sich ziehen, von denen auch die Schweiz nicht verschont bleiben wird.

1. Wie können die Brennstoffpreise während dieser aussergewöhnlichen Situation reguliert werden?
2. Wie können der Ertrag aus der Brennstoffsteuer, welche angesichts der höheren Preise steigen sollten, an die Konsumentinnen und Konsumenten zurückverteilt werden?

22.7255 Gysi Barbara. Verordnungsanpassung für die Bewaffnung der Zöllner:innen

Mit der Weiterbildung "Allegra" sollen Zöllner:innen fürs neue Berufsbild ausgebildet werden. Die Bewaffnung ist nicht obligatorisch, aber möglich. Gemäss heutigem Zollgesetz (Art. 91, Abs. 2) ist die Bewaffnung der Grenzwächter:innen gegeben. Gemäss ZV; SE 631.01, Art. 228 kann der Bundesrat eigenmächtig weitere Bewaffnungen genehmigen.

Welchem Recht (Zivilrecht oder Militärrecht) sind die heutigen Zöllner:innen (oder ab Sommer 2023 mit Ausbildung Allegra) im Ernstfall unterstellt?

22.7264 Widmer Céline. Wertpapiere der SNB mit Russland-Bezug

- Wie gedenkt die SNB mit Wertpapieren mit Russland-Bezug umzugehen?
- Widersprechen solche Anlagen nicht Art. 99 der Verfassung, wonach die SNB eine Geld- und Währungspolitik führt, welche den Gesamtinteressen des Landes dient?

22.7271 Meyer Mattea. Kein Zugang zu Vermögensgüter in Zollfreilager für sanktionierte russische Oligarchen

Der Bundesrat hat am 28. Februar beschlossen, die EU-Sanktionen zu übernehmen. Damit wurden für sanktionierte Personen Vermögenssperren verhängt und Meldepflichten eingeführt.

Wie kann gewährleistet werden, dass für die betroffenen russischen Oligarchen ihre Vermögensgüter in Zollfreilagern und offenen Zolllagern sowie Schliessfächer in Schweizer Banken nicht mehr zugänglich sind?

22.7281 Andrey. Netto-Null Klimavereinbarungen mit der Finanzbranche

Der Bundesrat hat am 17. November 2021 u.a. beschlossen, der Finanzbranche nahezu legen, internationalen Netto-Null Allianzen beizutreten und dahingehend Branchenvereinbarungen anzustreben (<https://www.admin.ch/govideistart/dokumentation/mediennmitteilungen.msg-id-85925.html>).

Was hat der Bundesrat dazu bisher unternommen und was beabsichtigt er mit den angesprochenen Branchenvereinbarungen zu erreichen?

Departement des Innern

22.7166 Steinemann. Wissenschaftliche Grundlage der sehr hohen Zahl von Vergewaltigungen in der Schweiz

Feministische Kreise (z.B. Sonntags-Zeitung vom 06.06.21) behaupten, in der Schweiz hätten 800 000 Frauen sexualisierte Gewalt erlebt. 430 000 seien effektiv vergewaltigt worden, nur 8% von ihnen hätten den Vergewaltiger angezeigt. Dies, weil der Prozess traumatisch und die Erfolgsaussichten minim seien. Bloss 82 Vergewaltiger seien 2015 rechtskräftig verurteilt worden.

- Wie stellt sich der Bund zu diesen hohen Zahlen an vergewaltigten Frauen?
- Wie lauten die offiziellen Zahlen?

22.7168 Steinemann. In Deutschland wird die Corona-App von der Polizei zu Fahndungszwecken missbraucht

Ermittlungsbehörden haben in Deutschland ungeniert auf die App und die Corona-Kontaktlisten zugegriffen. Offiziell hiess es bei Errichtung der App ähnlich wie in der Schweiz, alle Daten würden auf Servern im eigenen Land gespeichert und es hätten ausschliesslich Gesundheitsämter in Deutschland Zugriff.

Wie ist dieser sachfremde Zugriff in der Schweiz ausgeschlossen worden?

22.7170 Feller. Vermögensanlagen der AHV in Russland

- Ist ein Teil des Vermögens der AHV in Russland investiert?
- Falls ja, welche Beträge und Anlageklassen sind betroffen?
- Was gedenkt die Compenswiss, mit diesen Investitionen zu unternehmen?
- Sind diese Investitionen wirklich mit den Zielen der Integrität, der Vorbildfunktion und der Gemeinnützigkeit vereinbar, zu denen sich die Compenswiss bekennt?
- Unterhält die Compenswiss direkt oder indirekt Geschäftsbeziehungen mit russischen Banken?

22.7184 Friedli Esther. WHO Vertrag "Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion"

Die WHO diskutiert einen neuen Vertrag zu "Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion".

- Wie ist die Schweiz in die Erarbeitung involviert?
- Wer vertritt dabei die Schweizer Interessen?
- Wie ist der Zeitplan?
- Wie wird dieser Vertrag für die einzelnen Länder verbindlich sein respektive was für Konsequenzen hat er?

22.7187 Herzog Verena. Rascher Zugang zu innovativen und neuen Arzneimitteln (1/2)

Bei der Bekämpfung von Krebs und anderen schweren Krankheiten ist ein rascher Zugang zu Arzneimitteln überlebenswichtig. Gemäss KLV muss der Entscheid des BAG über die Aufnahme in die Spezialitätenliste (SL) in der Regel innert 60 Tagen gefällt werden.

- Wie lange dauert es aktuell im Durchschnitt, bis ein Arzneimittel nach der Marktzulassung durch swissmedic auf der SL ist und somit durch die Krankenkasse vergütet wird?
- Wie viele Vergütungs dossiers sind derzeit beim BAG hängig?

22.7188 Herzog Verena. Rascher Zugang zu innovativen und neuen Arzneimitteln (2/2)

Bei der Bekämpfung von Krebs und anderen schweren Krankheiten ist ein rascher Zugang zu Arzneimitteln überlebenswichtig.

- Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass der Vergütungsprozess für Medikamente zu lange dauert?
- Was müsste am System der Preisfestsetzung geändert werden, damit Patienten nach der Marktzulassung möglichst schnell Zugang zu neuen innovativen Medikamenten bekommen?

22.7191 Wyss. Hinweise auf problematische Gutachten: Warum geht das BSV Hinweisen nicht systematisch nach?

Lt. SuisseMED@P hat die PMEDA bis 2020 5298 Gutachten erstellt. Prüfungen dieser Altfälle sind lt. Antwort des Bundesrates auf 22.7026 nicht vorgesehen, trotz Hinweisen auf problematische Gutachten (z.B. der mehrmals im Kassensturz thematisierte Fall, 16.10.18 und 25.01.22).

Warum verzichtet das BSV weiter darauf, die mehrfach diskutierte und gemäss BGE 9F_11/2019 nie gerichtlich geprüfte Tonaufzeichnung beim Betroffenen anzufordern und im Sinne der übrigen 5297 Patienten mit dem Gutachten abzugleichen?

22.7193 Locher Benguerel. Wirksame Projekte zur akuten Unterversorgung von psychisch belasteten Kindern und Jugendlichen

Anlässlich des Treffens des Bundesrates mit der GDK vom 7. März wurde festgelegt, dass die Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz ab 2022 Projekte mit einem Schwerpunkt "Covid-19- Folgen bei Jugendlichen" umsetzt.

- Welche Projekte werden lanciert?
- Wie werden für die Projektausgestaltung Fachleute einbezogen?
- Wie wird sichergestellt, dass Projekte einen wesentlichen Beitrag leisten, um die akute Unterversorgung der Behandlung von psychisch belasteten Kindern und Jugendlichen zu verbessern?

22.7194 Locher Benguerel. Betreuungsurlaub: sind erste Zahlen erhältlich?

Am 1. Juli 2021 trat der Betreuungsurlaub für Eltern von gesundheitlich schwer beeinträchtigten Kindern in Kraft.
Sind erste Zahlen erhältlich, wie oft der neue Betreuungsurlaub der EO im zweiten Halbjahr 2021 in Anspruch genommen wurde und wie hoch die Kosten waren?

22.7197 Hurni. Wie halten es Krankenkassen mit dem Datenschutz?

Ich ersuche den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten:
1. Manche Krankenkassen führen auf ihren Steuerbescheinigungen detaillierte medizinische Informationen auf, die in den Bereich persönlicher Daten fallen. Ist dieses Vorgehen für die kantonalen Finanzämter wirklich relevant und zwingend notwendig?
2. Wie lassen sich beim Datenschutz die Unterschiede zwischen den verschiedenen KVG-Versicherern rechtfertigen?
3. Kann die Praxis vereinheitlicht werden?

22.7203 Brunner. Ist die Ungleichbehandlung unterschiedlicher Akteure bei Missbrauch unseres Sozialversicherungssystems mit Praxisoptimierung behebbar oder braucht es Gesetzesänderungen?

Gemäss Bundesratsantwort 22.7044 schreitet das BSV bei missbräuchlichen Gutachte(r)n nur ein, wenn eine strafrechtliche Verurteilung vorliegt. Demgegenüber genügen bei Versicherten gemäss Art. 43a ATSG bereits "konkrete Anhaltspunkte" (z.B. ein anonymer Hinweis ohne Anzeige) für verdeckte Observationen.
Angesichts derart ungleicher Massstäbe stellt sich die Frage, ob die zuständige Behörde ihre passive Haltung eigenverantwortlich wählt oder aufgrund von welchen zwingenden Bestimmungen.

22.7208 Lohr. Case Management durch medizinisches Personal des Spitals bei komplexen Geburtsgebrechen: werden die Kosten von der IV übernommen?

Mit der Weiterentwicklung will die IV ihr Case Management bei den medizinischen Massnahmen verstärken. Bei komplexen Geburtsgebrechen ist es zielführend, wenn auch auf medizinischer Seite ein Case Management existiert, d.h. wenn im Spital eine med. Fachperson die stationären und ambulanten Leistungserbringer koordiniert. Damit kann eine adäquate medizinische Behandlung sichergestellt, aber auch eine Überversorgung verhindert werden.
Übernimmt die IV entsprechende Case-Managementkosten?

22.7209 Lohr. Rasche Hilfe für Betroffene von seltenen Krankheiten

Das BAG wurde beauftragt, bis Ende 2022 rechtliche Grundlagen für die subsidiäre Finanzierung von Patientenorganisationen zu prüfen.
- Werden bei der Erstellung des Berichts die namentlich bezeichneten Akteure, insbesondere ProRaris, miteinbezogen?
- Der Bericht "Patientenrechte und Patientenpartizipation" von 2015 zeigt bereits Handlungsmöglichkeiten auf. Folgen nun konkrete Handlungsoptionen?
- Wird der Bericht einen konkreten Umsetzungsplan mit Schritten ab 2023 enthalten?

22.7210 Lohr. Zugang zu Orphan Drugs

Orphan Drugs (OD) sind nach HMG "wichtige Arzneimittel" für schwere, seltene Krankheiten. Nur für etwa 5% davon gibt es Medikamente, deren Wirksamkeit durch eine Swissmedic-Zulassung belegt ist.

Selbst angesichts mangelnder Alternativen werden OD teils nicht in die Spezialitätenliste aufgenommen, wenn das BAG die Wirksamkeit anders beurteilt als Swissmedic.

Wie sind auf Basis identischer Datenlage derart unterschiedliche Bewertungen möglich? Patient(inn)en brauchen gleichen, schnellen Zugang.

22.7217 Weichelt. Medizinische Gutachten: Wie viele Strafanzeigen gegen PMEDA gab es?

Gemäss Antwort des Bundesrates auf 22.7009 hat sich die geltende Regelung zur Behandlung von Strafanzeigen gegen Gutachtende bewährt.

- Wie viele Strafanzeigen gegen die PMEDA AG wurden seit 2013 schweizweit eingereicht und wie viele Fälle sind verjährt?
- In wie vielen Fällen fand eine materielle, inhaltliche Prüfung der Tatvorwürfe durch den Sachrichter statt?
- Wie wird sichergestellt, dass das BSV über Strafanzeigen gegen Gutachtende Kenntnis erlangt?

22.7221 Bregy. Ungenügende Versicherungsdeckung für Werkstudenten gegen das Risiko Berufsunfall

Das BGer hat im Urteil 8C_773/2020 festgehalten, dass die aktuelle Rechtslage (Art. 22 Abs. 4 UVV) nicht befriedigt:

Werkstudenten seien gegen das Risiko Unfall ungenügend versichert. Schon früher (u.a. 1992, 2002) kritisierte das BGer die bundesrätliche Verordnung und forderte eine Lösung.

1. Ist der Bundesrat bereit, eine genügende Versicherungsdeckung für das Risiko Unfall für Werkstudenten zu implementieren und die Verordnung anzupassen?
2. Bis wann sind welche Schritte zu erwarten?

22.7239 Wyss. Wird die Umsetzung wichtiger Motionen der Kinder- und Jugendmedizin verzögert?

Zwei für die Kinder- und Jugendmedizin sehr wichtigen Motionen 19.3957 und 19.4120 wurden vom Parlament deutlich angenommen.

In einer aktuellen Übersicht des BAG über den Stand angenommener Vorstösse der Kinder- und Jugendmedizin steht, dass die Umsetzung eineinhalb Jahre nach der Annahme offen ist.

- Wieso nimmt sich das BAG auch bei wichtigen Themen so viel Zeit für die Umsetzung?
- Wie kann das BAG die Umsetzung von angenommenen Vorstössen beschleunigen?

22.7243 Herzog Verena. Überwiesene Vorstösse in der Warteschlange - Wie lange müssen Kinderspitäler noch auf Betteltour?

Bereits 2019 wurden mehrere Motionen zur Behebung vor allem zur Finanzierung der Kinder- und Jugendmedizin, eingereicht. Doch leider stehen noch immer konkrete Antworten aus. Bei den bereits am 16. September 2020 vom Zweitrat überwiesenen Motionen 19.3957 Kostendeckende Finanzierung der Kinderspitäler... und 19.4120 Mehr Zeit für die Behandlung von Kinder und Jugendlichen ist nach Auskunft von EDI die Planung immer noch offen!

Wann darf endlich mit konkreten Ergebnissen gerechnet werden?

22.7250 Porchet. SwissCovid App und Covid-Zertifikat: Welche Studien zeigen den Nutzen auf?

In der Antwort auf die Frage 22.7104 steht, Studien würden zeigen, dass die SwissCovid App in vielen Fällen nützlich war und dass sie es ermöglicht hat, Ansteckungsketten zu durchbrechen. Die vom BAG vorgelegte Studie stammt von von Wyl, die selbst aber sagt, dass ihre Studie nicht zu diesem Schluss kommt.

Welche Studien belegen den wahren Nutzen der SwissCovid App und des Covid-Zertifikats und liefern nicht nur eine theoretische Simulation oder die Bestätigung, dass das System technisch funktioniert, sodass eine Verlängerung der Finanzierung gerechtfertigt ist?

22.7251 Porchet. Episklerale Tätowierungen: Wie reagiert das BAG?

Die Tätowierung der Augen ist eine Praxis, die sich zunehmend ausbreitet, obwohl sie sehr riskant ist. Diese Art der Tätowierung wird von Tätowiererinnen und Tätowierern mit ganz kleinen Nadeln ausgeführt und ist irreversibel. Da sie von Personen ohne medizinische Ausbildung und mit Materialien, deren Herkunft und Qualität nicht unbedingt bekannt ist, vorgenommen werden, können diese Stiche zahlreiche, mehr oder minder schlimme Reaktionen mit sich ziehen.

Was ist die Position des BAG angesichts dieser Praxis und was sind die geplanten Massnahmen?

22.7260 Amoos. Krankentaggeldversicherung für Arbeitslose

In seiner Stellungnahme zum Postulat 21.4607 "Bericht über Machbarkeit und Zweckmässigkeit einer obligatorischen Krankentaggeldversicherung für Arbeitslose auf Bundesebene" begründet der Bundesrat den Antrag auf Ablehnung des Postulats insbesondere damit, dass für die Finanzierung einer solchen Versicherung "ein Beitragssatz von 5 bis 10 % der Arbeitslosenentschädigung nötig" wäre.

Kann uns der Bundesrat die Höhe der Beitragssätze in den Kantonen nennen, die eine solche Versicherung auf kantonaler Ebene eingeführt haben?

22.7277 Romano. Legislaturplanung 2019-2023: Aktionsplan für die Förderung der Mehrsprachigkeit. Wo stehen wir und was kommt noch?

Der Bundesbeschluss vom 21. September 2020 über die Legislaturplanung 2019-2023 sieht unter dem Ziel 7 in Artikel 8 Ziffer 38 vor: "Verabschiedung des Aktionsplans für die Förderung der Mehrsprachigkeit und Unterricht in Heimatlicher Sprache und Kultur unter Einbezug der Kantone".

- Wie setzt der Bundesrat dieses Ziel um?
- Welche Massnahmen wurden schon verwirklicht?
- Wie sieht der Zeitplan aus und wann werden die ersten Resultate veröffentlicht?
- Was soll erreicht werden und welcher Ansatz wird verfolgt?

22.7280 Walder. Investitionen von Pensionskassen und institutionellen Anlegern in russischen Unternehmen

In demokratischen Ländern sind zahlreiche Unternehmen und Investoren daran, ihre wirtschaftlichen Verbindungen mit Russland, das für eine brutale Invasion der Ukraine verantwortlich ist, weitestgehend zu beschränken.

- Hat sich der Bundesrat über die Guthaben der Pensionskassen und der institutionellen Anleger, die mit dem Bund oder anderen Gemeinwesen verbunden sind, ins Bild gesetzt?
- Halten sie Beteiligungen, die mit russischen Interessen verbunden sind?
- Was gedenkt der Bundesrat zu tun, damit sie nach dem Vorbild der Publica solche Beteiligungen abtossen?

22.7294 Egger Mike. Reservebildung und Prämien pro Kanton

In seiner Antwort an der Interpellation 21.4328 sagt der Bundesrat, dass das BAG dafür sorgt, "dass in keinem Kanton ein unausgewogenes Verhältnis zwischen Prämien und Kosten über mehrere Jahre bestehen bleibt".

Ist es juristisch und/oder praktisch ausgeschlossen, dass die Versicherten einiger Kantone über mehrere Jahre mehr für die Reservebildung beitragen als andere?

22.7318 Humbel. Mehr Impfdosen entsorgt als gespendet?

Gemäss Medienberichten werden in der Schweiz Millionen Impfdosen nicht gebraucht. Dabei sollen mehr Impfdosen vernichtet denn gespendet werden. Das wäre verantwortungslos, zumal noch viele Länder zu wenig Impfstoff haben.

Deshalb meine Fragen:

- Was passiert mit eingekauften und nicht verbrauchten Impfstoffen?
- Werden diese gespendet, wenn ja wohin?
- Wie viele Impfdosen werden vernichtet und wie viele gespendet?

22.7321 Ryser. Digitale Exklusion durch Digitalisierung bei Verwaltungen und Behörden in Blick?

Bevölkerungsgruppen, die digitalisierte Prozesse nicht autonom und selbstbestimmt nutzen können (blinde Personen, Personen mit Seheinschränkungen), können von behördlichen Dienstleistungen ausgeschlossen werden, wie kürzlich bei der Einführung des neuen Portals für IV-Rechnungen im Kanton St. Gallen.

Beabsichtigt der Bundesrat, alternative Angebote zu erhalten, damit keine Personen von behördlichen Dienstleistungen ausgeschlossen werden und so das Behindertengleichstellungsgesetz erfüllt wird?

Departement für auswärtige Angelegenheiten**22.7175 Nussbaumer. Intensivierung des Politischen Dialogs mit der EU**

Am 26. Mai 2021 hat der Bundesrat mitgeteilt, dass er mit der EU einen politischen Dialog auf hochrangiger Ebene aufnehmen möchte. In diesem Dialog soll die Agenda Schweiz-EU festgelegt werden.

1. Ist der Bundesrat nach wie vor überzeugt, dass eine gemeinsame Agenda im angestrebten politischen Dialog gefunden werden kann?
2. Gedenkt er den hochrangigen politischen Dialog in Kürze zu intensivieren, damit die gemeinsame Agenda bis Ende Mai 2022 festgelegt werden kann?

22.7179 Friedl Claudia. Stand beim Gründungsprozess des NMRI

In der Debatte zum Gesetz, das die Gründung einer Nationalen Menschenrechtsinstitution ermöglicht, sagte Bundesrat Cassis am 14. September 2021, dass eine Lücke zwischen dem Pilotprojekt SKMR (läuft bis Ende 2022) und der NMRI vermieden werden soll. Das EDA hat die Gründungsversammlung auf Mitte 2022 in Aussicht gestellt. Mit dem Gesetzestext wird eine Partnerschaft mit den Kantonen angestrebt.

1. Wo stehen wir in diesem Gründungsprozess?
2. Wo stehen die Gespräche mit den Kantonen, und wer ist daran beteiligt?

22.7233 Fischer Benjamin. Rechtsharmonisierung mit der EU

Ist der Bundesrat auch der Meinung, dass die von der parlamentarischen Initiative 21.480 geforderte Rechtsharmonisierung mit der EU, nicht mit der am 25. Februar 2022 veröffentlichten Stossrichtung für das "Verhandlungspaket mit der EU" vereinbar ist?

22.7234 Fischer Benjamin. Institutionalisierung des Dialogs mit der EU

Ist der Bundesrat auch der Meinung, dass zum aktuellen Zeitpunkt die Erarbeitung eines Bundesgesetzes, wie von der pa. Iv. 21.480 gefordert, gar keinen Mehrwert bei der "Institutionalisierung" des Dialogs mit der EU generiert, da der bilaterale Dialog bereits etabliert ist?

22.7242 Friedli Esther. Schweizer Entwicklungshilfe soll Fokus auf landwirtschaftliche Produktivität legen

Die Ukraine ist eines der grössten Exportländer für Getreide. Die weltweiten Lebensmittelpreise erreichten im Januar den höchsten Stand seit 2011 und werden aufgrund von Ernte-Ausfällen und Kriegen weiter steigen. Das geht aus Berichten der FAO und des International Food Policy Research Institute hervor.
Ist der Bundesrat und die DEZA bereit, vor diesem Hintergrund die Entwicklungshilfe viel stärker auf landwirtschaftliche Produktivität auszurichten, um den weltweiten Hunger zu verhindern?

22.7247 Binder. Offizielle Distanzierung von Apartheid-Vorwurf gegen Israel

Amnesty International wirft Israel pauschal vor, ein Apartheid-Staat zu sein.
Ist der Bundesrat bereit, sich von dieser offensichtlich falschen Beschuldigung zu distanzieren und zu bestätigen, dass Israel ein Land mit demokratischen Institutionen ist, israelische StaatsbürgerInnen (Juden, Araber, Christen, Drusen etc.) aktives und passives Wahlrecht besitzen, unabhängig von der Religion Einsitz haben in Exekutive, Legislative und Judikative und diese Fakten kein Gerichtsurteil benötigen?

22.7248 Nicolet. Fälligkeit der Kohäsionsmilliarde

Die Vertreterinnen und Vertreter der EU haben verschiedentlich darauf hingewiesen, dass die Zahlung der zweiten Kohäsionsmilliarde seit 2013 fällig ist.
- Ist der Bundesrat mit dieser Behauptung einverstanden?
- Worauf stützt sich die EU dabei?

22.7258 Grin. Dynamisierung der Abkommen betreffend den europäischen Binnenmarkt

Im Bericht vom 10. Januar 2022 über die Regulationsunterschiede zwischen dem Schweizerischen Recht und dem Recht der Europäischen Union an den Bundesrat steht, dass "die von der EU gewünschte Dynamisierung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit [...] für die Schweiz einen Paradigmenwechsel darstellen [würde]". Gilt diese Aussage auch für die anderen Abkommen betreffend den europäischen Binnenmarkt?

22.7278 Walder. Wie stark darf man wegen eines Staatschefs die Freiheitsrechte einschränken?

Im Januar 2017 bekam eine Person, die auf ihrem Balkon eine Tibetfahne aufgehängt hatte, Besuch von der Kantonspolizei und wurde aufgefordert, die Fahne zu entfernen. Der Grund: Der chinesische Präsident Xi Jinping, der sich auf dem Weg nach Genf befand, hätte die Fahne sehen und daran Anstoss nehmen können.

- Ist es üblich, für den Besuch eines Staatsoberhauptes dermassen freiheitsfeindliche Massnahmen zu ergreifen?
- Für welchen anderen Staatschef ist man schon so weit gegangen, dass man Fahnen - die übrigens in keiner Weise eine Beleidigung darstellen - von privatem Grund hat entfernen lassen?

22.7282 Gysi Barbara. Medizinische Versorgung für die Bevölkerung in der Ukraine sicherstellen

Einhaltung der Genfer Konventionen im Ukrainekrieg: Die Schweiz ist Depositärstaat der Genfer Konventionen und als solcher dafür verpflichtet, sich für die Einhaltung der darin festgelegten Grundsätze des Schutzes der Zivilbevölkerung einzusetzen und unter anderem auch die medizinische Versorgung sicherzustellen.

Wie setzt sich der Bundesrat dafür ein, dass der Schutz der Zivilbevölkerung namentlich die Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung eingehalten wird?

22.7287 Molina. Gefahr eines Krieges zwischen Taiwan und China: Welche Haltung vertritt der Bundesrat?

Anlässlich der Jahrestagung 2022 des 13. Nationalen Volkskongresses hat die chinesische Führung die Rhetorik gegen Taiwan erneut verschärft. Der Volkskongress beschloss eine weitere Aufrüstung der Volksbefreiungsarmee.

- Wie schätzt der Bundesrat das Risiko einer Invasion Taiwans ein?
- Wie würde er einen solchen Angriff völkerrechtlich qualifizieren?
- Welche Haltung würde er dazu im Sicherheitsrat vertreten?

22.7288 Molina. Welche menschenrechtliche Bilanz zieht der Bundesrat nach den Olympischen Winterspielen in Peking?

Vom 4. bis 20. Februar 2022 fanden die Olympischen Winterspiele in Peking statt.

- In welcher Form hat die Schweiz gegenüber dem Gastgeberland auf der Einhaltung der Menschenrechte gepocht?
- Welche menschenrechtliche Bilanz zieht der Bundesrat nach den Spielen?
- Welchen Einfluss hatten die Spiele auf die Situation in China?

22.7295 Fehlmann Rielle. Das Scheitern der 10. Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags (NPT) kündigt sich an: Nun muss der Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) unterzeichnet werden!

Die 10. Überprüfungskonferenz der Mitgliedstaaten des Atomwaffensperrvertrags hätte 2020 durchgeführt werden sollen, und die Schweiz hätte dort als Brückenbauerin zwischen den Atommächten und den übrigen Staaten wirken wollen. Das EDA hat aber 2019 von der Bundesversammlung den Auftrag erhalten, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. Für die Überprüfungskonferenz, die im August 2022 stattfinden soll, zeichnet sich angesichts des Überfalls auf die Ukraine und der Verletzung des Budapester Memorandums ein Scheitern ab.

Ist es für die Schweiz nicht dringlich, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen?

22.7327 Friedl Claudia. Bedrohung durch atomare Waffen - was braucht es konkret, damit der Atomwaffenverbotsvertrag unterschrieben wird?

Im Ukrainekrieg droht Putin mit dem Einsatz von atomaren Waffen. Es ist Zeit, endlich aktiv zu werden. Seit 2021 ist der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft, nachdem ihn mehr als 50 Staaten ratifiziert hatten. 2018 beauftragte das Parlament den Bundesrat mit der Motion 17.4241 von Carlo Sommaruga dem Abkommen beizutreten.

In der Antwort auf meine Frage 22.7017 von letzter Woche bleibt der Bundesrat weiter vage.

Wann konkret wird der Bundesrat den Auftrag erfüllen?

22.7300 Funciello. Stärkung der Zusammenarbeit mit der russischen Zivilgesellschaft

Der Krieg in der Ukraine ist der Krieg Putins. In der russischen Zivilgesellschaft gibt es trotz Repression und Desinformation beeindruckenden Widerstand dagegen. Die Verbindung zum Westen ist für diese Menschen zentral.

- Wie unterstützt der Bundesrat die widerständige russische Zivilgesellschaft?
- Ist er bereit, den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch fortzusetzen und zu intensivieren?
- Wenn ja, wie?

22.7305 Wermuth. Russische Antikriegsbewegung unterstützen

- Was kann die Schweiz tun, um die Menschenrechte der Aktivist:innen der russischen Antikriegsbewegung zu schützen?

- Ist die Schweiz bereit, auch Russinnen und Russen unbürokratisch aufzunehmen, die jetzt aus politischen Gründen aus Russland flüchten?

22.7312 Fehlmann Rielle. Kurdische Minderheit im Iran. Lehrerin für Kurdischunterricht verurteilt

Zara Mohammadi wurde von einem Gericht in Sanandadsch zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie ehrenamtlich Kurdisch unterrichtet hatte. Der Fall dieser Lehrerin ist bezeichnend für die diskriminierende Politik, die das iranische Regime gegen die kurdische Minderheit und andere Minderheiten betreibt.

Ist die Schweiz mit ihren vier Landessprachen nicht prädestiniert dafür, um auf die iranischen Behörden dahingehend Druck auszuüben, dass sie den ethnischen Minderheiten das Recht einräumen, in ihrer Sprache unterrichtet zu werden?

Büro

22.7213 Rüegger. Wie viel kostet der Auftrag an die Firma «econcept»?

Zur Erfüllung des Postulats Feri 18.4252 (Vereinbarung von Parlamentsmandat, Beruf und Familie) wurde eine Subkommission des Büros-N eingesetzt. Diese Subkommission hat offenbar das Büro "econcept" (Verwaltungsratspräsidentin Barbara Häring, ehemalige SP-Nationalrätin) beauftragt, einen Fragebogen zusammenzustellen, den die Parlamentsmitglieder ausfüllen sollen.

- Gab es mehrere Bewerber für diesen Auftrag?

Falls ja, wie viele?

- Zu welchem Preis hat das Büro "econcept" seine Leistungen offeriert?